Zwei Reichstagsreden



I.

Proletariat und Frieden!

Reichstagsrede des Abgeordneten **Ledebour**
am 10. Oktober 1917

Nach dem amtlichen Stenogramm



II.

Gegen die Militärdiktatur!

Reichstagsrede des Abgeordneten **Dittmann**
am 11. Oktober 1917

Nach dem amtlichen Stenogramm

125. Sitzung

Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, wir haben ja nun dieser Tage eine Darlegung des neuen Herrn **Reichskanzlers über seine Stellung zu der Friedensresolution des Reichstages** vom 19. Juli zu hören bekommen. Es war nicht die erste, sondern, wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, die vierte Erklärung aus seinem Munde;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

aber ich bedaure, sagen zu müssen, daß auch diese vierte Erklärung die Stellung der Reichsregierung und besonders des Herren Reichskanzlers zu der Friedensresolution des Reichstags und zu den Friedenszielen überhaupt keineswegs klarer gemacht hat.

Es ist ja außerordentlich schwer, sich in die verschleierte Seele dieses hervorragenden Staatsmanns hineinzuversenken. Ich muß, um wenigstens den Versuch zu machen, chronologisch dabei verfahren. Er hat zuerst am 19. Juli eine Zustimmung ausgesprochen, die er jedoch in einem Atem einschränkte durch die Bemerkung: **„wie ich sie auffasse“.** Das gab sofort den verschiedenen Parteien, die sich zu dieser Erklärung vereinigt hatten, Anlaß zu abweichenden Auslegungen, aber nicht bloß ihnen, sondern auch den Parteien der Rechten und den Nationalliberalen, die sich sofort an jene Einschränkung klammerten und sagten: eigentlich steht ja der Mann auf unserer Seite. So wurde es notwendig, daß der Herr Reichskanzler sich abermals über die Resolution aussprach. Dazu ist nun im Deutschen Reich gegenwärtig leider selten die Gelegenheit gegeben, da immer große Pausen zwischen der Erscheinung des Kanzlers auf der Rednertribüne des Hauses oder in der Butgetkommission stattzufinden pflegen. Die nächste Auseinandersetzung fand in der Budgetkommission statt. Der Herr Reichskanzler gab eine Erklärung, die allgemein so aufgefaßt wurde, daß er sich dagegen verwahrte, die Resolution sich völlig zu eigen gemacht zu haben. Das wirkte so peinlich auf die Verfasser dieser Resolution, daß der eine derselben sich sofort bemühte, **den Herrn Reichskanzler unter Kuratel zu stellen** und dringend ersuchte, seine Erklärung nicht in die Oeffentlichkeit kommen zu lassen. Das wurde auch zunächst beschlossen. Leider ließ sich der Herr Reichskanzler dazu überreden — ich sage das in seinem Interesse. Ich habe ihm davon abgeraten. Aber die Geschichte wurde dann trotz der Geheimhaltung selbstverständlich an demselben Tage noch in irgendeiner Zeitung ruchbar, und der Herr Reichskanzler wurde nun gedrängt, in einer neuen Sitzung eine neue Erklärung abzugeben. Diese Erklärung befriedigte den Mittelblock vorläufig. Aber mittlerweile kamen doch wieder Interpretationen von allen Seiten, und man sagte: ja, klar ist noch immer nicht, was er eigentlich will, da seine Ausführungen sich nur in

Allgemeinheiten bewegen. Und so haben wir jetzt abermals dieser Tage eine neue, die vierte Auslegung bekommen.

Zu meinem Erstaunen waren die Herren, die hinter der Resolution stehen, davon sehr befriedigt. Eine Bemerkung, die ich sofort machte, das könne ja jeder Alldeutsche unterschreiben, begegnete Widerspruch. Heute haben wir aber die volle Bestätigung meines ersten Eindrucks vernommen, da der Herr Graf Westarp eine nur sehr wenig eingeschränkte Anerkennung für die neueste Interpretation des Herrn Reichskanzlers aussprach.

Das ist auch sehr erklärlich. Was ist denn nach dem Wunsch der Mehrheit des Hauses und nach der allgemeinen Auffassung der **Kern der Resolution** und sollte es sein? Daß der Reichstag sich für einen **Verständigungsfrieden** ausspricht! Für einen Frieden der Verständigung ohne Annexion, ohne Vergewaltigung usw.! Ich glaube nicht, daß Sie, die Sie die Resolution angenommen haben, dem widersprechen werden. Wie hat sich aber der Herr Reichskanzler jetzt dazu ausgesprochen? Er wandte sich gegen die Herren von der Rechten mit den Worten: Wenn Sie sich die Sache richtig überlegen, können Sie sich durchaus auf den Boden der Resolution stellen. Was ist der Kern derselben? Wir müssen die Ziele der Kundgebung in ihrem positiven Sinne verstehen, in ihrer kraftvollen Seite. Das müssen wir herausarbeiten. Wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist; wir müssen unterstreichen, was darin gesagt ist.

(Sehr richtig!)

— Ja, das hat er gesagt. Was hat er aber herausgearbeitet? Den Verständigungsfrieden? In der ganzen Erläuterung des Herrn Reichskanzlers ist kein Wort, keine Silbe von dem Verständigungsfrieden enthalten, der Ihnen, meine Herren vom Mittelblock, allen am Herzen liegt!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber was war denn die Hauptsache nach des Reichskanzlers Auffassung? Er hat gesagt: „Wir müssen herausarbeiten, was darin enthalten ist, wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist: das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht und Leben und Entwicklung gesichert ist."

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

— Ja, Sie rufen hier: sehr richtig! und unterstreichen also auch vom Standpunkt der nationalliberalen Partei aus diesen Satz. Ich glaube ja gern, daß es Ihre Ansicht ist. Es ist auch die Ansicht des Herrn Reichskanzlers. Aber es war nicht der Zweck der Resolution, das herauszuarbeiten und zu unterstreichen.

Wir haben also die sonderbare Erscheinung: der Herr Reichskanzler unterstreicht das und stellt das in den Vordergrund der Resolution, was nur als eventuelle Alternative in der Resolution von Ihnen in Aussicht genommen wurde, sofern der eigentliche Zweck der Resolution nicht erreicht werden sollte, sofern also ein Verständigungsfrieden nicht erreicht werden sollte. Für diesen Fall hatten Sie jene Sätze hinzugefügt. Aber für den Herrn Reichskanzler ist das die Hauptsache, und er versucht, den Herren von der Rechten

klar zu machen, daß eigentlich auch die Parteien der Rechten, wenn man es nur richtig auslegt und **„einen wirklichen Frieden der Kraft"** in die Resolution hineininterpretiert, sich damit einverstanden erklären können. Er hat — das ist für mich das Erstaunliche — einen doppelten Erfolg gehabt: stürmischen Beifall auf der Rechten und bei Ihnen, die Sie — ich gebrauche einen Ausdruck, den ich neulich in einer Ihrer Zeitungen las — die Reichsleitung eigentlich nur auf die Resolution festgeleimt haben. Der Herr Reichskanzler hat sich nun von dieser Festleimung losgerissen. Es ist nur der Hosenboden sitzen geblieben,

(Heiterkeit)

und Sie haben ihm dann begeisterten Beifall gezollt. Meine Herren, ich verstehe vollkommen, daß Herr Graf Westarp, der sonst Reichskanzlern sehr kritisch gegenüberzustehen pflegt, wenn sie nicht vollkommen nach der konservativen Pfeife, ich will nicht sagen: tanzen, aber doch tänzeln, sein Wohlgefallen ausgesprochen hat. Herr Graf Westarp könnte zum Herrn Reichskanzler mit Fug und Recht die Worte sprechen, die Mephistopheles zu Frau Marthe sagt: „Unter dem Beding wechselt' ich selbst mit dir den Ring."

Und nun, meine Herren vom Mittelblock, sind Sie die Geleimten!

(Heiterkeit.)

Bei dieser neuesten Auslegung Ihrer Resolution durch den Reichskanzler ist die Regierung zu absolut gar nichts verpflichtet.

Der Herr Reichskanzler hat noch ein Uebriges getan, was sehr schön damit harmoniert: als er in der Budgetkommission auf die Resolution zu sprechen kam, hat er eine sorgfältig vorbereitete schriftliche Erklärung verlesen, sodaß daran nachher gar nichts zu tippen ist, worin er, was Belgien, was überhaupt eventuelle Annexionen anbetrifft, sagte: „Ich stelle fest, die Reichsleitung hat für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand. Das gilt auch für **Belgien."** Danach könnte also die Reichsregierung vollkommen machen, was sie wollte, ohne an die einschränkenden Bedingungen gebunden zu sein, die Sie in Ihrer Resolution ausgeprägt haben.

Ich will allerdings gleich hinzufügen, daß Herr Staatssekretär v. Kühlmann in der gestrigen Sitzung Bemerkungen dazu machte, in denen zwar nicht ausdrücklich gesagt ist, daß die Reichsregierung auf die Annexion von Belgien verzichte, die aber wenigstens die Möglichkeit offenlassen, daß, wenn er die Verhandlungen zu fuhren hat, nicht darauf bestanden werden wird. Indem er von **Elsaß-Lothringen sagte, das sei der Hauptstreitpunkt,** fuhr er, ohne Belgien zu erwähnen, fort: sonst steht dem Friedensschluß nichts im Wege.

Von verschiedenen Seiten ist hier sofort gesagt worden, das sei ein Irrtum, Belgien komme allerdings in Frage; und verschiedene Redner — sowohl Herr Graf Westarp wie der letzte Redner, Herr Mertin, und vielleicht auch Herr Stresemann, obgleich mich da meine Erinnerung täuschen könnte — aber jedenfalls die beiden Redner der Rechten haben ausdrücklich gesagt, es ginge nicht, daß Deutschland beim Friedensschluß auf Belgien verzichten könnte. Sie wollen damit natürlich auch nicht sagen, daß Belgien rite annektiert wer-

den solle; aber im Anklang an frühere Ausführungen des Herrn v. Bethmann Hollweg mußte herausgelesen werden, daß Belgien wirtschaftlich, politisch und vor allen Dingen militärisch irgendwie in ein enges Verhältnis zu Deutschland gebracht wird. Angesichts der Vielgestaltigkeit und Vielköpfigkeit der deutschen Reichsregierung und ihrer kommandierenden Hintermänner mit Epauletten muß ich noch hervorheben, daß sehr einflußreiche Persönlichkeiten auch jetzt noch auf dem Standpunkt stehen, daß Belgien militärisch gehalten werden muß, Lüttich zum Beispiel mindestens auf einige Dutzend Jahre in deutschen Händen, unter deutscher Militärbesatzung bleiben muß. Zu allen diesen einander widersprechenden Auslassungen kann auch hinzugefügt werden, daß die „Kölnische Volkszeitung", ein Organ der Zentrumspartei, kein einflußloses Organ, auch in dieses Horn bläst.

Angesichts dessen kann man gar nicht umhin, die Schlußfolgerung zu ziehen: aus den Erklärungen der Reichsregierung und ihrer Vertreter können wir gar keine Sicherheit entnehmen, daß eine günstige Gelegenheit, beim Friedensschluß auf irgendeine Art Belgien an Deutschland anzugliedern, nicht benutzt werden würde.

Ich will kurz auf die Bemerkung des Herrn Grafen Westarp eingehen, ein vollständiges neutrales Belgien sei undenkbar, in den kommenden Friedenszeiten wird Belgien entweder unter englischem Einfluß stehen, ein englisches Aufmarschgebiet werden oder ein deutsches. Die Voraussetzung, von der der genannte Herr ausging, ist ja die, die bis in die neueste Zeit von allen bürgerlichen Parteien geteilt wurde, daß wir nur einen Frieden haben könnten, in dem nachher die verschiedenen Mächte einander wieder gerüstet gegenüberstehen würden. An der Auffassung, daß Europa aus dem Wettrüsten nicht herauskommen kann, daß jedes einzelne Land sich deshalb durch **materielle Machterweiterungen** für die kommende Rüstungsepoche stärken muß, hielten bis in die jüngste Zeit alle **bürgerlichen Parteien** gleichfalls fest. — Herr Erzberger nickt.

(Widerspruch.)

— So, so, dann war es nur ein privates Nicken.

(Heiterkeit.)

Ich hoffe indes, Sie werden die Feststellung nicht bestreiten, daß Ihr in bessere Gefilde abgegangener Herr Dr. Spahn hier namens aller bürgerlichen Parteien am 9. Dezember 1915 die Erklärung abgegeben hat, daß Deutschland beim Friedensschluß solche Machterweiterungen sich verschaffen muß. Bis in die neueste Zeit haben wir Interpretationen von Vertretern der bürgerlichen Parteien erlebt, die sich vollständig in jenem alten Ideengange bewegten. Herr Abgeordneter Fehrenbach hat ja erst jetzt wieder ausdrücklich gesagt, die Reichstagsmehrheit lehnt keine Sicherung ab, wohl aber „weitgehende" Annexionen. Damit schließt er Annexionen an sich nicht aus, und diejenigen Leute, die mit Kommentaren die deutsche Politik weiter zu fördern suchen, haben hier die schönste Gelegenheit, sich darüber zu streiten, wie weitgehend Annexionen sein dürfen, denen Herr Fehrenbach und die Zentrumspartei **ihre Zustimmung geben können.**

Alles das rechtfertigt den Schluß: weder die Reichsregierung **noch auch** die Reichstagsmehrheit in ihrer Resolution hat sich klipp und klar ausgesprochen über die wichtige Frage, **was für Friedensziele sie eigentlich verfolgt.** Dem gegenüber, meine Herren, dürfen Sie sich nicht wundern, daß diese beharrliche Verschleierungstaktik der Reichsregierung, die von Ihnen begünstigt wird, da Sie immer froh sind, den Schein erwecken zu können, als ob die Reichsregierung mit Ihnen einverstanden sei, auch im Auslande für die zukünftigen Friedensverhandlungen die ungünstigsten Wirkungen hervorrufen muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist leider der Krebsschaden der ganzen deutschen Politik, daß die **deutsche Diplomatie,** die ganze deutsche staatsmännische Kunst, wenn ich diesen etwas übertriebenen Ausdruck für das Treiben der Herren mir erlauben darf, (Heiterkeit)

daß sie fort und fort im ganzen Verlaufe dieses Krieges wie schon in der Vorgeschichte des Krieges durch ihre kniffliche Methoden darauf hingearbeitet hat, Deutschland mit allen möglichen Völkern zu verfeinden.

Ich muß ja gestehen, daß wenigstens die Manier des Herrn v. Kühlmann in der formellen Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten nicht anstößig ist. Aber, meine Herren, zu dem Eingeständnis des völligen Bruches mit dieser Methode hat sich auch Herr v. Kühlmann nicht bekannt. Hat er doch die Gelegenheit verpaßt, in schärfster Weise gegen diplomatische Entgleisungen — doch das ist nicht der richtige Ausdruck —, gegen die diplomatische Praxis, die durch die bisherige geschichtliche Entwicklung der deutschen Regierung gegeben war, aufzutreten. Er ist noch vor kurzem hier in der Kommission mit einer leichten Handbewegung über die Luxburg-Affäre hinweggegangen, indem er nur davon redete, Herr **Graf Luxburg,** der bisherige deutsche Gesandte in Buenos Aires hätte im Drange der Geschäfte abgekürzte Ausdrücke gebraucht.

(Heiterkeit.)

Er befaßte sich bloß mit dem Vergleich, den Herr Graf Luxburg zwischen einem der Staatsmänner des Staates, bei dem er akkreditiert war, und einem gewissen geduldigen Tiere, das mit langen Ohren ausgestattet ist, gezogen hatte. Aber das ist eine verhältnismäßige Nebensache.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was bei der Luxburg-Affäre Remedur erforderte — auf den Kern der Sache ist Herr v. Kühlmann in der Kommission nicht eingegangen. Jetzt hätte er hier aber Gelegenheit gehabt, in aller Deutlichkeit das Deutsche Reich von diesen Traditionen **der Täuschungs- und Vergewaltigungsdiplomatie** zu befreien.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — **Glocke** des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, es **geht nicht an,** daß Sie die Tätigkeit der deutschen Diplomatie als **Täuschung und Vergewaltigung** bezeichnen. **Ich muß Sie deshalb zur Ordnung rufen und bitten, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen!**

Ledebour, Abgeordneter: Verzeihen Sie, Herr Präsident —
(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Nein, Sie haben die Worte gebraucht, und das genügt.

Ledebour, Abgeordneter: Also, meine Herren, Herr v. Kühlmann kam darauf zu sprechen, daß Uruguay und Peru die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen hätten, und verlas eine Zeitungsnotiz, weshalb Uruguay das getan hätte. Er erregte damit Heiterkeit bei den Herren hier im Hause. Ob die Fassung der Zeitungsnotiz besonders glücklich war, ist auch wieder ganz nebensächlich. Das Entscheidende in dieser Frage ist doch hinlänglich klar, daß nämlich Uruguay und andere Staaten, deren Feindseligkeit dem Deutschen Reich an sich keine Kopfschmerzen zu verursachen braucht, zum Bruch mit Deutschland getrieben werden eben durch jene unglücklichen diplomatischen Praktiken, die sich in Buenos Aires an den Namen des Grafen Luxburg knüpfen. Da halte ich es doch für notwendig — ich glaube, einige Herren aus anderen Parteien, wie Herr Haußmann, haben auch scharfe Worte der Verurteilung dafür gefunden —, meinerseits zu erklären: die Aufforderung des Grafen Luxburg an die deutsche Regierung, dafür zu sorgen, daß argentinische Schiffe durch deutsche U-Boote entweder freigelassen oder **so versenkt werden sollten, daß sie spurlos verschwinden,**

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß also die Mannschaft auch spurlos verschwindet, ist das Infamste, was ich jemals in staatsmännischen Dokumenten zu lesen bekommen habe.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf Sie daran erinnern, meine Herren, daß Sie, als der Baralong-Fall hier zur Sprache kam, weil, soweit sich das damals ermitteln ließ, durch Zeugenaussagen nachgewiesen war, daß die Schiffsmannschaft des Kriegsschiffes Baralong die Mannschaft eines in den Grund geschossenen deutschen U-Boots im Wasser hat umkommen lassen, ja sie zum Teil umgebracht hat, in die größte Empörung ausgebrochen sind, was mir vollkommen begreiflich war, denn ich habe diese Empörung geteilt. Aber, meine Herren, ich hoffe, daß Sie meine Empörung über die Empfehlung des Grafen Luxburg auch teilen werden, der in Sicherheit in Buenos Aires saß und nicht etwa auf dem Wasser im Kampfe gestanden hat, als er dieselben Praktiken gegenüber den Mannschaften neutraler Schiffe in die Wege zu leiten suchte, neutraler Schiffe obendrein eines Landes, bei dem er akkreditiert war. —

Sie bleiben zwar stumm; zu Ihrer Ehre nehme ich jedoch an, weil Sie wenigstens keinen Widerspruch erheben, daß Sie die Empörung in vollstem Maße teilen. Aber, meine Herren, wundern dürfen Sie sich darüber nicht, daß solche Dinge wie die Luxburg-Affäre in die Erscheinung treten. Das ist die Folge der Auffassung, daß Staatsmänner, wenn sie die Interessen ihres Landes — oder was sie dafür halten — wahrzunehmen haben, sich nur von dem Gesichtspunkt leiten lassen: Macht geht vor Recht, oder von dem

Gesichtspunkt, der trotz der antienglischen Neigungen unserer Alldeutschen von ihnen mit Vorliebe zitiert wird: right or wrong, my country — Recht oder Unrecht, es handelt sich um mein Vaterland —, das Benjamin Disraely, später Lord Beaconsfield, als Richtschnur für englische Praxis in hervorragender Weise zur Geltung gebracht hat. Ich sage: eine Regierungskunst, die sich so etwas als Richtschnur dienen läßt, muß zu solchen Geschichten kommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es muß denn dahin kommen, daß man, wie ich es von einer hervorragenden Persönlichkeit in Deutschland habe aussprechen hören, als es sich um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg handelte, sagt: Wenn ich damit England niederzwingen kann, so ist mir **kein Mittel schlecht genug!** Wenn leitende Persönlichkeiten solche Ausdrücke brauchen wie: mir ist kein Mittel schlecht genug zur Erreichung meines Zwecks, so können Sie sich nicht darüber wundern, meine Herren, daß dann derartige Sachen vorkommen, wie bei dem Luxburger und ich weiß im Augenblick nicht, wie der Mann in Christiania geheißen hat, der die Sache dort arrangierte — Dinge, die die deutsche Politik in der ganzen Welt diskreditieren.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erwähnte vorhin, daß diese Luxburg-Affäre eigentlich ganz Amerika gegen uns aufgebracht hat. Das scheint Ihnen in seiner Tragweite noch nicht völlig klar zu sein. Argentinien und Chile, besonders Chile — die Chilenen wurden die Preußen Südamerikas genannt — waren in hohem Maße deutschfreundlich. Sie sind vollständig umgewandelt. Und die Sache hat noch weiter gewirkt: sie hat auch nach Europa herübergegriffen; denn eine besondere diplomatische Finesse in der Luxburg-Affäre war, daß der genannte Herr jene Depesche in einem schwedischen Depeschensack durchschmuggeln ließ, weil die schwedische Regierung in neutraler Zuvorkommenheit deutsche Depeschen nach Europa beförderte. Hätte sie eine Ahnung gehabt, was der Luxburg da hineinschmuggelte, sie hätte die Depesche nicht befördert. Aber so wurde die schwedische Regierung auch kompromittiert, und das hat wiederum in Schweden einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Stimmung gegenüber Deutschland ausgeübt. Ich war gerade in Schweden, als die Geschichte veröffentlicht wurde, wie ich auch in Schweden war, als die Christiania-Sache explodierte, und ich weiß, wie das auf Skandinavien, auf Schweden gewirkt hat. In der **Christiania-Sache** war das Reichsmarineamt in erster Reihe beteiligt, dessen diplomatische oder staatsmännische Fähigkeit wir allerdings gestern hier in erschreckender Weise sich produzieren sahen. Da wundert mich die Christiania-Geschichte nicht mehr besonders, nachdem hier versucht worden ist, unsere Partei mit Dynamit in die Luft zu sprengen, wenn die Herren auf den Gedanken kommen, sie könnten über Christiania oder sonst ein neutrales Land Dynamitbomben nach irgend wohin gegen feindliche Kriegsschiffe oder Länder und nicht bloß **Dynamitbomben**, sondern Milzbrandbazillen in Zuckerstücken eingekapselt verschicken. Zunächst war es vollkommen rätselhaft, was damit gemacht werden sollte; nachher wurde als Erläuterung gesagt, es sollten damit die Renntiere verseucht werden,

die in Lappland zum Munitionstransport nach Rußland verwandt werden.

(Heiterkeit.)

Ich kann das natürlich nicht nachprüfen. Bevor aber nicht eine bessere Erläuterung durch die autoritative Persönlichkeit in der zuständigen Kapelle hier ausgebimmelt wird, müssen wir an dieser Version festhalten.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, das sind eben Sachen, die dazu beitragen, Deutschlands Ansehen auf das schwerste zu schädigen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das muß hier ausgesprochen werden. Ich kenne ja den Einwand: ja, das darfst du hier nicht von der Reichstagstribüne sagen; das schädigt uns im Ausland! Als ob im Ausland das irgend jemandem unbekannt geblieben wäre! Wir können das Ansehen Deutschlands, das aufs schwerste durch solche Regierungspraktiken geschädigt ist, dadurch wieder heben, daß wir auf der Tribüne dieses Hauses unserer Entrüstung darüber Ausdruck geben und dahin wirken, **daß solche Scheußlichkeiten in Zukunft nicht mehr vorkommen.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, verschiedene Redner der anderen Partei haben den dringenden Wunsch nach Besserung des **diplomatischen Dienstes** ausgesprochen. Ich stehe auf dem Standpunkt: es handelt sich da nicht in erster Reihe um persönliche Verfehlungen; es sind das vielmehr naturgemäße Auswüchse des ganzen Systems. Sie werden solche Auswüchse nicht beseitigen, ohne das ganze System gründlich auszurotten,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ohne dafür zu sorgen, daß ein für allemal die Geschicke des Deutschen Reiches nicht mehr einer zünftigen Diplomatie, nicht mehr deren militärischen Hintermännern, bürokratischen Handlangern und monarchischen Auftraggebern überlassen bleiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Erst wenn in Deutschland wie in der ganzen Welt Zustände herbeigeführt sind, die eine Entscheidung des Volkes über alle wichtigen Lebensfragen der Nation ermöglichen, dann erst sind wir vor solchen verderblichen, volksschädigenden, staatsfeindlichen und das Vaterland auf das tiefste kompromittierenden Praktiken sicher.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun, meine Herren, wie wir mit solchen diplomatischen Vorkommnissen als Auswüchsen der geltenden Regierungsmaximen zu tun haben, wie die Unzulänglichkeit der Regierungsmethoden hierzulande auf dem Gebiete der inneren Politik beständig zutage tritt, wie ihre Verderblichkeit vor allen Dingen im Belagerungszustand sich offenbart, so zeigt sie sich auch überall dort, wo die deutsche Regierung versucht, in denjenigen Ländern, die durch die Kriegsereignisse in ihre Hand gebracht sind, staatliche Verhältnisse herbeizuführen, die ihr genehm sind.

Meine Herren, als die deutschen Truppen in **Polen, in Litauen, in Kurland,** neuerdings in Riga eindrangen, hatten sie in allen

diesen Ländern die Möglichkeit, Gutes zu schaffen. Sie wurden zum Teil von der Bevölkerung als Befreier begrüßt, obgleich eine Regierung, die mit der einheimischen Polenpolitik, mit der Bedrückung der Französisch sprechenden Bevölkerung von Lothringen, mit der Bedrückung der Dänisch sprechenden Bevölkerung von Nordschleswig ein Anrecht darauf, als Missionar der Volksbefreiung aufzutreten, sich niemals verdient hat. Aber trotzdem glaubten die vom Zarenregiment bis dahin bedrückten Bevölkerungen, als die Deutschen mit der Behauptung auftraten, sie kämen als Befreier, daß sie ihnen wirklich die Freiheit bringen würden. Wenn man aber jemand die Freiheit bringen will, meine Herren, dann hat man ihm die Freiheit zu geben, über seine eigenen Geschicke selbst zu verfügen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

nach eigenem besten Wissen und Gewissen. Aber weit davon entfernt, hat die deutsche Regierung in allen diesen Gebieten weiter nichts zu tun gewußt, als dorthin ihre für heutige Zeiten vollständig unbrauchbaren bürokratischen Regierungspraktiken restlos zu übertragen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben neulich Gelegenheit gehabt, mit verschiedenen Herren der militärischen **Verwaltung** des sogenannten Bezirkes **Oberost** hier zu verhandeln. Aus den Verhandlungen ist so viel hervorgegangen, daß allerdings das persönliche Bemühen dieser Herren und, soweit man es beurteilen kann, auch der meisten von der Militärverwaltung eingesetzten Verwaltungsbeamten einwandfrei ist, während umgekehrt die obere Verwaltung alles zu wünschen übrig läßt. Die obere Verwaltung hat durch ihre Direktiven, durch die Anwendung ihrer politischen Grundsätze alles verdorben, was vielleicht ein einzelner tüchtiger Mann in der Verwaltungsbehörde Gutes durchführen konnte. Der Herr Abgeordnete Erzberger prägte sein Urteil dahin aus: Verwaltung 1a, Regierung 5b! Es wurde da von den Rednern der verschiedensten Parteien mit Ausnahme der Konservativen, die von einer glücklichen Naivität gegenüber der Wirkung der Verwaltungspraktiken waren, auf Remedur gedrängt; es wurde auch in Einzelfällen Remedur zugesagt; aber die Zusage, daß jene anstößigen Regierungspraktiken geändert werden sollten, das war selbst in dieser Unterhaltung nicht zu erreichen. Nicht bloß die Herren von der Verwaltung Ober-Ost, sondern auch die Herren von den Zentralbehörden, die hier mit jenen Dingen in Verbindung stehen, versteiften sich darauf, daß die Verwaltungsgrundsätze gegenüber der Bevölkerung der okkupierten Gebiete sich etwa in die Formel prägen lassen: **zuerst haben wir für das Heer, dann für die Heimat zu sorgen.**

(Zuruf links. — Gegenruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das war nicht streng vertraulich.

(Erneute Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte Sie, den Herrn Abgeordneten Ledebour fortfahren zu lassen!

Ledebour, Abgeordneter: Dieser **Grundsatz, meine Herren, ist übrigens nicht bloß bei dieser Gelegenheit, sondern bei allen mög-**

lichen anderen Gelegenheiten ganz öffentlich proklamiert worden, daß die Richtschnur für die Verwaltung zu bilden habe in erster Reihe das Interesse des Heeres, dann der Heimat, und dann erst das der Bevölkerung. Dagegen, meine Herren, müssen wir entschieden Verwahrung einlegen. Man hat damit erreicht, daß alle jene Bevölkerungen in eine tiefe Animosität gegen Deutschland hineingetrieben worden sind, in eine Animosität, die ursprünglich nicht bestanden hat.

Es ist ja allgemein öffentlich bekannt, daß versucht wird, durch einen litauischen Honoratiorenrat, ebenso wie durch den flämischen Honoratiorenrat in Belgien, so in **Litauen** Gelegenheit für die Schaffung irgend eines litauischen Staatsgebildes zu geben. Man hat auch in Litauen genau so wie in Polen nicht etwa die ganze Bevölkerung im weitesten Umfange selber ihre Vertrauensmänner wählen lassen, sondern man hat sich zunächst etwa 200 Herren zusammengesucht, und die haben dann wieder eine Art Vertrauensrat gestellt, der nun mit der deutschen Regierung in Verbindung tritt. Es ist ganz derselbe Fehler gemacht worden wie bei der Begründung des polnischen Staates, wo man auch durch Vertrauensmänner der deutschen und österreichischen Regierung ein polnisches autoritäres Staatsgebilde zu gründen sucht. — Die natürliche Folge ist, daß die so geschaffene Obrigkeit dem tiefsten Mißtrauen der polnischen Regierung begegnet.

Meine Herren, die neuesten Erfolge dieser Art knüpfen sich an die **Besetzung Rigas.** Darüber habe ich aus Riga sehr eingehende Informationen bekommen. Sie gestatten mir, daß ich auf einige Tatsachen hinweise. Das ist um so notwendiger, als hier von verschiedenen Rednern des Hauses angedeutet wurde, daß die **baltischen Provinzen** in irgendeiner Form Deutschland angegliedert werden müßten, da sie ja eigentlich alte deutsche Kolonien seien. Die Herren Warmuth und Graf Westarp haben sich so ausgedrückt, daß man glauben müßte, Deutschland verlange die Annexion der drei baltischen Provinzen. Es stehen ja allerdings noch Estland und neun Zehntel von Livland aus; das kann man nicht annektieren, da es nicht besetzt ist. Aber es sind Bestrebungen bekannt, die darauf abzielen, die deutsche Regierung zu drängen, auch auf die Annexion dieser Provinzen hinzuarbeiten. Zunächst sind also besetzt Riga und Kurland. Die Herren, die die Angliederung dieser Provinzen an Deutschland befürworten, gehen von der völlig falschen Voraussetzung aus, daß das eigentlich deutsche Länder seien, beziehungsweise daß Riga eine deutsche Stadt sei.

(Zuruf.)

— Deutsche Kultur? Die deutsche Kultur ist nicht allein maßgebend. Wir haben bekanntlich eine europäische Kultur, die sich in ihren Erscheinungen unter den zivilisierten Völkern Europas nur außerordentlich wenig unterscheidet. Was Sie deutsche Kultur nennen, ist **die europäische Kultur,** die nach den baltischen Provinzen zum Teil allerdings übertragen wurde durch Deutsche. Aber es hat sich dort neuerdings eine selbständige Kultur unter den Letten und Esten herausgebildet. Es finden sich unter jenen Völkern Männer aller

möglichen Berufe, aller möglichen Tätigkeiten, die es gegenwärtig mit den Deutschen in jenen Ländern bereits vollständig aufnehmen. Daraus, daß einmal die sogenannten baltischen Provinzen deutsche Ordensländer waren, kann man gegenüber den mindestens 90 Prozent der nichtdeutschen Bevölkerung nicht das Recht auf Annexion oder Ansiedlung herleiten. Würde das durchgeführt werden, so würde man eine fremdsprachige, Deutschland feindselige Bevölkerung unserem Staatswesen eingliedern. Außerdem ließen sich jene Gebiete in schweren Kriegen nur mit größter Anstrengung verteidigen, das langgestreckte Grenzländer an der Ostsee sind, die gar kein deutsches Hinterland haben. Es ist das also an sich eine vollkommen unsichere Utopie. Es wird aber hier im Hause mit dem Gedanken gespielt, und selbst Herr Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei hat das getan, indem er sagte, daß die 48er Demokraten auch daran gedacht haben. Das ist kein Beweis. Wenn die 48er Demokraten solche Pläne hegten, so zeigt das nur, daß sie schon die damaligen Verhältnisse nicht genügend beurteilen konnten. Es ist um so unverständlicher, wenn heutzutage deutsche Reichstagsabgeordnete mit dem Gedanken umgehen, die Letten und auch die Litauer, um die es sich gleichfalls bei solchen Angliederungsversuchen handelt, mit Deutschland zu vereinigen. Die Letten sowohl wie die Litauer wollen selbständig sein und wollen sich nicht von Deutschland annektieren lassen. Die wenigen Deutschen, die in den baltischen Provinzen sitzen, sind Sprößlinge der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Adels. Die können dafür nicht maßgebend sein.

(Zuruf rechts.)

— Ach, Hunderttausende sind es nicht. Ich will Ihnen die Zahl nennen. Die ganzen **drei baltischen Provinzen** haben 3 Millionen Einwohner; darunter sind nur etwa 200 000 Deutsche. Zunächst bezweifle ich noch sehr, daß diese sämtlichen 200 000 Deutschen etwa Ihrem Wunsche gemäß annektiert werden möchten. Aber nehmen wir es einmal hypothetisch an. Gestehen Sie den 200 000 Einwohnern das Recht zu, über die Annexion eines Landes mit 3 Millionen Einwohnern zu bestimmen? Das ist ja der ungeheuerlichste Plan, der mir jemals in diesem Hause vorgekommen ist.

(Zuruf rechts.)

— Du lieber Himmel, ich habe zufällig hier eine Mitteilung, daß bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in **Riga** vor der deutschen Besetzung die Letten die Majorität hatten. Die Deutschen konnten sie gar nicht haben, da die Deutschen nur 16 Prozent, ein Sechstel der Bevölkerung von Riga ausmachen. Wo wollen Sie da die deutsche Liste durchbringen bei diesen Stadtverordnetenwahlen? Noch zur russischen Zeit hatten die Letten derart die Majorität, und zwar die lettischen Sozialdemokraten und die lettischen bürgerlichen Demokraten, außerdem waren unter den Stadtverordneten ein paar Russen und ein paar Deutsche. Als die Deutschen in Riga einrückten, stand an der Spitze von Riga denn auch ein lettischer Bürgermeister. Was wollen Sie mit Ihren Stadtverordnetenwahlen? Ich weiß nicht, was Ihnen dabei im Kopfe herumspukt. Ich habe gerade von unseren Freunden, den lettischen Sozialdemokraten, die die Majori-

tät der Bevölkerung hinter sich haben, etwa wie wir die Majorität in Berlin haben, eine Zuschrift bekommen darüber, wie es dort wirklich ist; dafür will ich Ihnen nur eine Tatsache anführen.

In Riga bestand ein Arbeiterdeputiertenrat, der die Arbeiterschaft Rigas vertrat. Als die deutschen Truppen einrückten, hat dieser Deputiertenrat eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen, in welcher er sie auffordert, ruhig und friedlich sich zu verhalten und in keiner Weise etwa der bewaffneten deutschen Macht Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung hat trotzdem sofort den Arbeiterdeputiertenrat aufgelöst, ebenso die Stadtverwaltung und hat dann, wenn ich nicht irre — und das sind wahrscheinlich Ihre „Stadtverordnetenwahlen" — ein alldeutsches Honoratiorenregiment eingerichtet. Sie hat jedenfalls den lettischen Bürgermeister beseitigt und eine deutsche Stadtverwaltung eingerichtet. Wie sie sich die Leute zusammengesucht hat, weiß ich nicht. Daß sie aber **nicht aus Wahlen der Rigaer Bevölkerung hervorgegangen** sein kann, das ist ganz sonnenklar. Es handelt sich also um den Versuch, in einer eroberten Stadt die einheimische Majorität der Bevölkerung durch eine Deutsch sprechende Minderheit regieren zu lassen. Das ist natürlich möglich, so lange die deutschen Waffen da sind; da kann die deutsche Armee das durchsetzen. Aber, meine Herren, entweder müssen Sie daran denken, die **baltischen Provinzen** zu annektieren, dann können Sie das dauernd aufrecht erhalten im Gegensatz zu den demokratischen Einrichtungen, wie sie notwendigerweise hier in Deutschland durchgeführt werden müssen. Soviel ich entnehme, ist die Majorität des Hauses doch entschlossen, Deutschland von Grund auf zu demokratisieren. Selbst die Regierung will ja das preußische Wahlrecht demokratisieren. Dann müßte also dieses demokratische Deutschland die annektierten baltischen Provinzen durch ein deutsches Bürokraten- und Honoratiorenregiment gegen neun Zehntel einer feindlichen Bevölkerung verwalten lassen. Das ist eine ungeheuerliche Zumutung. So etwas ist ganz ausgeschlossen. Entweder werden jene Provinzen wieder an Rußland zurückfallen und werden dort vielleicht als estnischer, als lettischer — wie Litauen als litauischer — Bundesstaat in einer russischen föderativen Republik ein autonomes Leben führen, oder es kann dazu kommen — was ich aber bezweifle —, daß sie selbständige Republiken werden. Daß Sie da einen deutschen Herzog hinsetzen wollen, der die Sache auf eigene Faust macht — den Gedanken haben Sie hoffentlich nicht. Von meinem Standpunkt aus bin ich ja **sehr für den Export von Prinzen.**

(Heiterkeit.)

Aber ich wünsche nicht, daß sie im Auslande Unheil anrichten. Sie würden auch nicht lange dableiben, sie würden wahrscheinlich mit dem Prinzen Wied zusammen sehr bald einen fröhlichen Skatklub irgendwo in Italien gründen können.

(Heiterkeit.)

Also dieser ganze alldeutsche Mummenschanz — es ist ja traurig, daß man sich hier damit befassen muß — ist so unsinnig, daß er sich gar nicht verwirklichen läßt.

Aber, meine Herren, — und darauf kommt es mir jetzt an — wir stehen vor der Tatsache, daß diese deutsche Besetzung nur ganz vorübergehend sein kann. Jetzt setzen Sie dort eine deutsche Honoratiorenverwaltung ein; sie muß nach einiger Zeit heraus aus Riga. Was haben Sie nun damit bewirkt? — Daß dann diese deutsche Minderheit einer ganz feindselig gegen sie auftretenden Bevölkerung gegenübersteht!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist die Folge Ihrer genialen deutschen Verwaltungspolitik, die betrieben wird von den freundlich lächelnden Vertretern, die hier herumstehen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn man eine Prämie aussetzte für einen neuen Beweis absoluter politischer Unfähigkeit, so würde sie hier zuerkannt werden müssen für die Art und Weise, wie in Riga gegen die dortige Bevölkerung vorgegangen wird.

Ich habe davon gesprochen, wie dieses Vorgehen auf die Letten wirkt. Ich will auf die speziell litauischen Fragen nicht eingehen; sie sind ähnlich, wie die Herren Polen, die die Sache gründlicher kennen als ich, bestätigen werden.

Aber wie wirkt diese Politik auf Rußland und das russische Volk? Meine Herren, die Sozialdemokraten — darin sind sich die Sozialdemokraten der ganzen Welt einig — haben es mit Freuden begrüßt, daß die **russische Revolution** das Zarenregiment beseitigt hat. Eigentlich müßte ja auch die deutsche Regierung von Freude erfüllt sein, denn sie hat, als der Krieg inszeniert wurde, ihrerseits erklärt, es gehe gegen den Zarismus, und eine bemerkenswerte Persönlichkeit der deutschen Reichsverwaltung hat herumrenommiert: Haben wir das nicht fein gemacht, daß wir die Parole gegen den Zarismus ausgegeben haben? Und jetzt, da der Zarismus gestürzt und eine russische Republik an dessen Stelle getreten ist, da vermeidet die deutsche Regierung alles, was den Russen, die doch nun einmal jetzt Republikaner sind, die Gewißheit beibringen kann, daß sie niemals eine Gefährdung ihrer Staatseinrichtungen von Deutschland zu erwarten haben. Das ist nicht bloß wegen des zukünftigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland, es ist auch für das, was uns hauptsächlich am Herzen liegt, für die baldige Herbeiführung des Friedens so schädlich,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil die russischen Republikaner, die russischen Sozialdemokraten die ausgesprochenen Friedensfreunde in Rußland sind. Innerhalb der ganzen Entente sind das diejenigen Personen und diejenigen Kräfte, die in erster Reihe auf einen Frieden hinarbeiten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, soviel staatsmännisches Empfinden müßte die deutsche Regierung haben — ich sollte sogar glauben, die Herren Konservativen — daß sie sich sagt: nun ja, Republikaner in Rußland, das ist unangenehm, das gibt doch ein übles Beispiel.

(Zuruf.)

Ach, sie glauben, das gibt kein Beispiel. Jawohl, Herr Kreth,

das ist eine europäische Angelegenheit. Glauben Sie **mir! Wir** unserseits haben ja nicht darauf gewartet, unsere **republikanische** Gesinnung und unsere republikanischen Forderngen zu **bekunden,** bis die russische Revolution aus Rußland eine Republik **gemacht hat.** Wir sind von jeher Republikaner gewesen. Aber **das russische Beispiel** hat weit über die sozialdemokratischen Reihen hinaus **werbend für die Republik auch in Deutschland gewirkt.**

Nun, meine Herren, anstatt diese friedensfreundliche Richtung in Rußland zu fördern, hat die deutsche Regierung alles mögliche getan, um den Glauben zu erwecken, als ob sie geneigt sei, den Zarismus wieder ans Ruder zu bringen. Ich hoffe nicht, daß das die wirkliche Absicht der deutschen Regierung ist, aber die Aeußerungen der deutschen Regierung, daß man sich auf die gegenwärtigen russischen Zustände nicht verlassen könne, wirken natürlich dahin.

Nach unserer Auffassung müßte unter allen Umständen die deutsche Reichsregierung ganz klipp und klar erklären, daß sie mit der **russischen Republik** in ein gedeihliches Verhältnis kommen will, und daß sie hofft, die russische Republik, die russischen Republikaner und die russische Regierung werden ihre friedensfördernden Absichten innerhalb des Ententebundes zur Geltung bringen. Denn das wäre natürlich verkehrt, wenn man auf einen Sonderfrieden spekulierte. Die Bemühungen, einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen, treiben die Russen notwendigerweise um so mehr auf die Seite der Ententemächte und stärken nur die reaktionären Bestrebungen in Rußland, die daraus Kraft zu saugen suchen.

Nun, meine Herren, es wird mir vielleicht erwidert werden, daß die gegenwärtige russische Regierung, Herr Kerenski selber, nach einer anfänglichen Waffenruhe eine Offensive gegen Deutschland in die Wege geleitet habe. Als damals diese Nachricht bekannt wurde, habe ich sofort — in Schweden war es — in der energischsten Weise den Fehler der Kerenski-Regierung gerügt. Und, meine Herren, die russischen Sozialdemokraten stehen in ihrer überwiegenden Mehrzahl auch auf dem Standpunkt, daß das ein schwerer Fehler gewesen ist. Jetzt wächst die russische sozialdemokratische Bewegung innerhalb der russischen Politik immer mehr zur Macht an. Wir jedenfalls werden alles aufbieten, um unsere russischen Freunde zu überzeugen, daß wir genau so, wie die russischen Sozialdemokraten in Rußland, unserseits in Deutschland für den Frieden und die Verständigung mit dem republikanischen Rußland hinwirken und alle Annexionspläne bekämpfen werden. Diejenigen russischen Gebietsteile, deren Fremdvölker die Loslösung von Rußland wünschen, mögen darüber selber entscheiden. Aber in keiner Weise dürfen dort durch obrigkeitliche Staatseinrichtungen **deutsche Filialmonarchien oder derartiges Unkraut** gezüchtet werden.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordnete Ledebour, „deutsche Filialmonarchien oder derartiges Unkraut“ ist ein Ausdruck, den ich nicht zulassen kann. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Ledebour, Abgeordneter: Nun sind ja in der letzten Zeit in Deutschland verständigere Auffassungen über den Frieden auch bei

den bürgerlichen Parteien, selbst bei der Regierung zutage getreten als die Jahre vorher. Die **Resolution vom 19. Juli**, die in gewisser Weise unseren lange betriebenen Forderungen entgegenkommt, ist ein Beweis dafür. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten können ja für uns in Anspruch nehmen, daß wir Ihnen, meine Herren, die Wege gewiesen haben. Innerhalb unserer früheren alten Partei war die Stellung zur Annexionsfrage eines der wesentlichsten Momente, die zur Spaltung führte. Wir verlangten den unumwundenen Kampf gegen Annexionen, konnten das aber bei der Mehrheit der Fraktion nicht durchsetzen. Wir verlangten, daß die deutsche Regierung gedrängt werden sollte, sich gegen Annexionen zu erklären; das hat schließlich zur Loslösung unserer Partei von der alten Partei geführt. Jetzt aber ist nicht bloß die andere sozialdemokratische Partei, sondern auch eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu der Erkenntnis gekommen, daß sie sich wenigstens platonisch gegen Annexionen aussprechen müssen. Daß sie in der Praxis noch nicht so weit sind, dieses Ziel mit den Machtmitteln, die ihnen zu Gebote stehen, durchzudrücken, habe ich ja vorhin schon bedauernd bezeichnet. Sie suchen noch immer die Sache zu verschleiern und zu vertuschen. In ihrer Resolution ist aber wenigstens auf den Verständigungsfrieden ohne gewaltsame Annexionen hingewiesen.

Neuerdings hat diese Entwicklung einen weiteren Fortschritt gemacht, indem im Anschluß an die **Papstnote** die deutsche Regierung und dann vor allen Dingen der österreichische Minister des Auswärtigen **Graf Czernin** sich sowohl für allgemeine Abrüstung wie für Schiedsgerichte ausgesprochen haben. Es wurde sogar der Gedanke, daß Europa gemeinsame Interessen habe, hier schon von Herrn v. Kühlmann in den Verhandlungen des Reichstags ausgesprochen.

Damit wird eine alte sozialdemokratische Forderung, die Forderung der **Abrüstung** und der **Schiedsgerichte** befürwortet. Aber leider sind die Befürworter dieser Forderung innerhalb der Regierung nicht konsequent genug. Sie müssen sich sagen, daß eine allgemeine Abrüstung, wie Graf Czernin sie fordert und die Einführung von Schiedsgerichten nur dann wirksam sein kann, wenn innerhalb der **europäischen Staaten** das gemeinsame Interesse zu **gemeinsamen Verbindungen** staatlicher Art führt. Solange wir einen Zustand haben, wie er vor dem Kriege von 1914 in Europa bestand, einen Zustand, in dem zwei große Machtbünde gegeneinander rüsten, wird man mit Schiedsgerichten immer nur nebensächliche Fragen begleichen können. Eine vollständige Abrüstung wird daran scheitern, daß die Machthaber in beiden Ländern behaupten: wir können nicht vollständig abrüsten, ehe nicht die andere Seite das gleiche getan hat, und wir können nicht auf die Machtmittel verzichten, da wir nie sicher sind, unvorhergesehen überfallen zu werden. Um in Wirklichkeit das zu erreichen, was durch jene Forderungen erstrebt wird, müssen Sie dem Gedanken Bahn brechen, daß Europa seine gemeinsamen Interessen auch gemeinsam berät und gemeinsam für Durchführung großer Grundsätze der Politik im staatlichen Leben eines jeden einzelnen Landes sorgt. Es muß die weitgehendste reli-

giöse und nationale Toleranz, wie wir sie immer gefordert haben — ich will das nicht detaillieren, da unsere Forderungen ja bekannt sind —, in allen Staaten durchgeführt werden, und es muß darauf verzichtet werden, die Angehörigen anderer Staaten wirtschaftlich ungünstiger zu stellen als die Einheimischen. Es muß also, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der dies am prägnantesten bezeichnet, ein wirtschaftliches Indigenat, das gleiche wirtschaftliche Recht für Angehörige aller europäischen Staaten, durchgeführt werden.

Sodann müssen die Angelegenheiten der europäischen Staaten in einem **staatenbündlerischen Parlament** erledigt werden, nicht aber durch Verhandlungen der Diplomaten untereinander. Der Einwand, dadurch würden die Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten bis zu einem gewissen Grade preisgegeben, trifft ja zu. Das ist aber unvermeidlich, ebenso unvermeidlich — darauf hat auch einer der Herren Vorredner hingewiesen —, wie es sich im Laufe der Geschichte als unvermeidlich herausgestellt hat, daß die Souveränitätsrechte der deutschen Einzelstaaten zugunsten eines deutschen großen bundesstaatlichen Verbandes eingeschränkt werden mußten. Man braucht natürlich dem europäischen Verband staatliche Befugnisse nicht so weit zu übertragen, wie sie dem Deutschen Reich gegenüber den Einzelstaaten übertragen sind. Ich will hier nur auf den Weg, der beschritten werden muß, hinweisen. Die Schiedsgerichte und die allgemeine Abrüstung werden eben erst dann völlig durchzuführen sein, wenn durch eine staatliche Vereinigung der gegenwärtigen Einzelstaaten, mag sie auch vorläufig noch so locker sein, die Voraussetzung dafür geschaffen ist. Graf Czernin und Herr v. Kühlmann und andere Staatsmänner werden diesen Schritt tun müssen, wenn sie den Gedanken der europäischen Gemeinschaft, mit dem sie vorläufig nur gespielt haben, wirklich in die Tat umsetzen wollen.

Meine Herren, ich befürchte aber, daß wir über diese tastenden Versuche nicht hinauskommen werden; denn die ganze übrige Auffassung der deutschen Regierung und ihrer Verbündeten, ebenso wie die der anderen Regierungen, die Deutschland gegenüber im Kampfe stehen, ist nicht dazu angetan, um jetzt zu einer Verständigung zu führen. Ohne mich auf Einzelheiten einzulassen, will ich nur kurz feststellen, daß auch nach meiner Ueberzeugung die Ententeregierungen in ihren Angeboten, in ihren Friedenskundgebungen nicht das getan haben, was man von ihnen erwarten muß, damit ein Friede der Verständigung zustandekommen kann, ebensowenig wie bisher die deutsche Regierung die erforderlichen Schritte getan hat. Wenn aber die Vertreter der deutschen Regierung unter Zustimmung der Majorität dieses Hauses daraus den Schluß ziehen: deshalb müssen wir mit verschränkten Armen dabeistehen, wir dürfen uns nicht weiter auf Friedensangebote verstehen —, so ist das ein vollkommener Trugschluß. Er läßt das Wichtigste außer acht, daß nämlich **die Völker in der Friedensfrage die Entscheidung zu geben haben.** Der Gedanke, der von beiden Seiten vorgebracht wird: „weil die gegnerischen Regierungen nicht die erforderlichen Angebote machen, dürfen auch wir nicht weiter gehen" läßt außer acht,

daß die gegnerischen **Regierungen** allerdings die diplomatischen Verhandlungsmöglichkeiten in der Hand haben, daß aber, um einen **wirklichen Frieden** herbeizuführen, es auf die **Völker** ankommt. Darin liegt der schwerste Fehler der deutschen Regierung, daß sie gar nicht in Rechnung setzt, welche Wirkungen ein unbedingtes klares Angebot eines annexionslosen Friedens auf die Völker auch der gegnerischen Mächte haben muß.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist das Entscheidende. Das ist es aber auch, was uns in der Friedensfrage von Ihnen allen unterscheidet.

Meine Herren, ich habe — nicht gerade mit Erstaunen — wahrgenommen, auch Mitglieder dieses Hauses denken gar nicht daran, daß man in der nächsten Zeit zu einem Frieden kommen könne, weil sie immer nur die Auffassung und Stimmung der Regierungen in Betracht ziehen. Von den Regierungsvertretern wurde in den bisherigen Verhandlungen darauf hingedeutet, man müsse sich noch auf mehrere Jahre Krieg gefaßt machen. Auch die Abgeordneten, die bisher in dieser Debatte zum Wort kamen, haben sich resigniert an diesen Gedanken angepaßt. Ich erwähne nur den Herrn Abgeordneten David, der erklärte: auf ein Jahr Krieg müssen wir uns noch einrichten! Meine Herren, so kann nur jemand denken, der das Volk, der das Proletariat nicht in Rechnung zieht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stehen vor dem **diplomatischen Zusammenbruch des ganzen bisherigen Regierungssystems.** Die Periode, die wir jetzt durchleben, ist die Götzendämmerung des Kapitalismus. Die ausführenden Organe des kapitalistischen Systems, die in den verschiedenen Regierungen sitzen, haben sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die Welt von den Greueln dieses Krieges zu befreien. Und er geht jetzt ins vierte Jahr! Welche Aussichten eröffnen sich uns? Ich nenne nur die bescheidenste Annahme: ein Jahr noch Krieg! Welches furchtbare Elend, welche Greuel beschwört das herauf! Nur die eine Tatsache, meine Herren! Die Zahlen, auf die ich jetzt eingehe, sind ja allgemein bekannt. Es sind zum Beispiel hier in Berlin in den Schaufenstern große renommistische Plakate ausgehängt, wonach die Gegner insgesamt 18 Millionen Mann Tote und Verwundete verloren haben. Nun, ich will nicht von Oesterreich reden, ich will nur bei uns zu Hause bleiben. Deutschland allein hat nach den bisherigen Darlegungen 1½ Millionen Tote und etwa zwei- bis dreimal soviel Verwundete, von denen mindestens eine halbe Million dauernd Krüppel sind, ganz abgesehen davon, wieviel siech sind von denen, die daheim blieben, wieviel siech zurückkehrten, die draußen waren. Aber ich will die bescheidensten Zahlen nehmen: 2 Millionen, die aus dem Leben unserer Nation ausgeschaltet sind in etwas über drei Jahren; das macht, auf ein Jahr umgerechnet, 600 000 Menschen. Also wenn Sie noch ein Jahr Krieg in Aussicht nehmen, so heißt das: das deutsche Volk opfert noch 600 000 seiner Söhne, die zum größten Teil in fremden Landen in Kriegergräbern [illegible] werden. Das Elend, das hier im Lande in den Familien dadurch hervorgerufen wird — genau wie das Elend in anderen Ländern,

ich mache da keinen Unterschied, meine Herren — ist unermeßlich das läßt sich ja zahlenmäßig gar nicht fassen. Und nun frage ich Sie: wenn das in Aussicht steht, diese ungeheure Verwüstung der Volkskraft, dieses Elend — soll das noch weitergehen? Sie, meine Herren, sagen resigniert, wenn die Regierungen nicht zur Verständigung kommen, bleibe nichts anderes übrig. Nein, da ist es die **Aufgabe des Proletariats, für den Frieden zu sorgen.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Proletariat in allen Ländern ist es, das jetzt den Frieden erzwingen muß.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unerträglich ist der Gedanke eines vierten Winterfeldzuges. In den Völkern dämmert die Erkenntnis auf, wie es steht. Sobald abermals die Hoffnungen des Volkes auf die Beendigung des sinnlosen Gemetzels enttäuscht werden, sobald wiederum die Regierungen vor der Aufgabe versagen, unverzüglich den Frieden herbeizuführen, werden in allen kriegführenden und neutralen Ländern die Proletarier in verstärktem Maße das Friedenswerk betreiben, um der Selbstvernichtung der Menschheit Einhalt zu gebieten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Proletarier waren bisher gleichzeitig nur die Werkzeuge und die Opfer des Weltkrieges; die geschichtliche Entwicklung zwingt ihnen die Vollstreckung des allgemeinen Friedenswillens auf. Das internationale Proletariat kann dem Kriege ein Ende machen, sobald es entschlossen ist, seine Macht zu gebrauchen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Täuschen Sie sich nicht, meine Herren: wenn nicht in allernächster Zeit die Regierungen zum Frieden kommen, wird unter dem Druck der wachsenden Not in allen Ländern ein allgemeiner, ein internationaler Massenstreik mit elementarer Gewalt hervorbrechen und uns den Frieden schaffen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten! — Zuruf rechts.)

Gewiß! — Auch bei uns wird es einen internationalen Massenstreik geben. Dafür gibt es schon Symptome genug. Wenn Sie, Herr v. Graefe, die Augen aufgemacht hätten, hätten Sie auch erkannt, was Herren aus anderen Parteien dieses Hauses längst eingesehen haben.

(Zuruf rechts.)

Herr Gothein hat auf dem Parteitage der Fortschrittlichen Volkspartei ausdrücklich davor gewarnt, daß es zu einem Streik kommen muß, wenn nicht für einen annexionslosen Frieden gesorgt wird. Der Abgeordnete Naumann hat gestern folgendes gesagt — ich muß nach einem Zeitungsbericht zitieren; nach meiner Erinnerung sind die Worte, die er gebraucht hat, dort ganz erheblich abgeschwächt —:

> **Es ist wirklich keine Veränderung bei den Feinden vorgegangen? Sind die Beschlüsse der englischen Arbeiter gar nichts? Ist der Kampf der italienischen Sozialisten für den Frieden ganz gleichgültig?**

Also Herr Naumann begrüßt es mit Freuden, daß die italienischen

Sozialisten in den Kampf für den Frieden eintreten. Ja, glauben Sie denn, daß die italienischen Sozialisten allein den Frieden durchsetzen können? Die italienischen Sozialisten gehen mit ihrem Beispiel im Friedenskampfe der ganzen Welt voran!

(Zuruf rechts.)

— Ach, Sie sagen, der Streik eines einzelnen Landes! Gerade der internationale Massenstreik ist es, der den gemeinsamen Friedenswillen aller Proletarier betätigt, sodaß nirgends Leute Ihres Schlages den Arbeitern sagen können: Ihr laßt Euer Land im Stich! Gerade der internationale Massenstreik ist es, der alle fadenscheinigen Argumente solcher Art von vornherein ausmerzt. Die Bourgeoisie hat sich nicht fähig gezeigt, ihren Friedenswunsch zur Durchführung zu bringen. Die Regierungen haben völlig versagt. Nur auf dem Proletariat beruht die Hoffnung der Menschheit, daß wir schleunigst zu einem Frieden kommen und damit in eine wirklich friedliche Aera ohne Kriege. Denn wenn einmal das internationale Proletariat in aller Welt den Frieden erzwungen hat, dann — seien Sie fest überzeugt — wird es auch Manns genug sein, dafür zu sorgen, daß niemals Dummköpfe oder Verbrecher wieder die Welt in einen solchen Krieg hineinstürzen können.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

126. Sitzung

Donnerstag, den 11. Oktober 1917.

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Herren, wir haben von dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann das verständige Wort gehört, daß es notwendig sei, in Europa eine Friedensatmosphäre zu schaffen. Wer eine solche Atmosphäre bei uns im Deutschen Reich schaffen helfen will, meine Herren, der muß für die sofortige **Aufhebung des Belagerungszustandes** stimmen, wie es in unserem Antrage gefordert wird. Erst wenn das Volk sich frei und offen in der Presse und in Versammlungen aussprechen kann, erst wenn der bleierne Druck der Militärdiktatur, der seit Kriegsbeginn auf ihm lastet, von ihm genommen ist, erst dann wird zweifelsfrei festzustellen sein, wie das Volk über die Gestaltung des Friedens und über die Wege zum Frieden denkt. Das aber wollen die Gewalthaber nicht. Ihren Willen wollen sie als den Willen des Volkes ausgeben können, und deshalb knebeln sie die Presse, knebeln sie das Reichs- und Versammlungsrecht, deshalb beseitigen sie die Freiheit der Person, verhängen Schutzhaft, Redeverbote, Briefsperre und alle möglichen sonstigen Verbote auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes. Die Unterdrückung und Unfreiheit im Lande ist jedenfalls seit Jahrzehnten, ja man kann sagen, seit einem Jahrhundert, seit dem Tage der Heiligen

Allianz und der Demagogenverfolgungen nicht so schlimm gewesen wie im gegenwärtigen Kriege.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Berge von Material sind in den bisherigen Debatten über den Belagerungszustand, die Schutzhaft und die Zensur hier im Reichstag dafür beigebracht worden, und auch in der diesmaligen Debatte ist eine Fülle von Beweisen dafür beigebracht worden. Insbesondere wird die Arbeiterklasse durch die Handhabung des Belagerungszustandes in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Zu Kriegsbeginn gab es in der Arbeiterklasse Illusionäre, die glaubten, man würde wenigstens für die gewerkschaftliche Betätigung Freiheit lassen von solchen Belästigungen der Behörden, den Gewerkschaften die Möglichkeit offen lassen, ihre bisherigen Maximen weiter zu verfolgen. Die Debatten, die wir hier jetzt gehabt haben, haben gezeigt, daß die Verfolgung der Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit genau so rigoros erfolgt, wie die Verfolgung von Arbeitern wegen politischer Betätigung. Die Polizei- und Militärbehörden arbeiten systematisch mit den Unternehmern und den Unternehmerorganisationen gegen die Arbeiter und die Arbeiterorganisationen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Derjenige Arbeiter, der sich der Interessen seiner Kollegen annimmt, wird den Militärbehörden als mißliebig denunziert, und es dauert nicht lange, dann wird er zum Militär eingezogen, einerlei ob er krank und dienstuntauglich ist oder nicht.

Diese Praxis ist bereits in ein festes System gebracht worden. Gewerkschaftsversammlungen werden verboten, wenn sie sich mit Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen wollen.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es heißt dann, es bestehe die Gefahr, daß Arbeitseinstellungen kommen könnten, und das dürfe nicht geduldet werden. Erörterungen über das Hilfsdienstgesetz werden kaum noch zugelassen. Alle Versprechungen und Verheißungen, die bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes hier feierlich abgegeben worden sind, werden in den Wind geschlagen und nicht beachtet.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter und ihre Freizügigkeit ist durch eine Anzahl von Verfügungen der einzelnen Generalkommandos so gut wie aufgehoben. Ueber die enge Verbindung zwischen Militär und Unternehmertum sind mir besonders lebhafte Klagen aus dem Mansfelder Bergbaurevier zugegangen. Bergleute, die dort für den Bergarbeiterverband agitiert haben, sind von der Gewerkschaft der Militärbehörde denunziert und von dieser kurzerhand eingezogen worden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Bergmann Pustelny in Eisleben, der sich als Mitglied des Schlichtungsausschusses auf Grund des Hilfsdienstgesetzes der Interessen seiner Kollegen angenommen hatte, wurde deswegen von der Gewerkschaft kurzerhand entlassen; auf seine Arbeitskraft wurde in einem kriegswichtigen Betriebe verzichtet zu einer Zeit, wo General Groener das berüchtigte Wort „vom Hundsfott“ prägte, das Wort, das damals gegen die Arbeiter geschleudert wurde, die ihre Arbeits-

kraft der Kriegsindustrie nicht bedingungslos zur Verfügung stellen wollten. Aber noch mehr: der Gemaßregelte verschaffte sich in einem anderen Kriegsbetriebe Arbeit. Aber die Rache der Gewerkschaft blieb nicht aus. Er wurde denunziert, und es dauerte nicht lange, so wurde er zum Militär eingezogen.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der „Hetzer" war auf diese Weise kaltgestellt.

Solche Fälle haben sich unzählige ereignet. Ein **Kesselschmied Rühl** auf der **Werft von Blohm u. Voß** in Hamburg hatte auf Grund des Hilfsdienstgesetzes die Forderungen seiner Kollegen vor dem Schlichtungsausschuß vertreten. Bei den Verhandlungen erklärte bereits der Vertreter der Firma ganz plötzlich, ohne daß die Frage überhaupt zur Verhandlung gestanden hätte: „ja, wenn der Herr Rühl seinen Abkehrschein haben will, kann er ihn kriegen", — und kurz darauf teilte dann die Firma dem Generalkommando mit, sie lege keinen Wert mehr auf Rühls Reklamation. Prompt wurde daraufhin der Mann eingezogen.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So werden die Arbeiter, die als Vertrauensleute ihrer Kollegen sich auf Grund des Hilfsdienstgesetzes der Interessen der Arbeiter des Betriebes annehmen, einfach gemaßregelt.

Ebenso bezeichnend ist der Fall des Eisenhoblers **Paul Mehlhose,** der bis zum 20. Juli v. J. Arbeiterausschußvorsitzender bei der Firma **Ludwig Loewe u. Co.** gewesen ist. Er wurde der Militärbehörde als „Hetzer" denunziert und eingezogen, trotzdem es sich um einen durch und durch kranken Menschen handelt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der von allen Aerzten, die ihn unbeeinflußt untersucht haben, als absolut dienstuntauglich bezeichnet worden ist. Er wurde aber seit ¾ Jahren von einem Truppenteil zum anderen, von einer Front zur anderen, von einem Lazarett zum anderen geschleppt. Der letzte ärztliche Befund lautet nun wieder: „nicht für die Etappe, sondern nur für die Heimat und Munitionsarbeit". Da war der Mann hergekommen, aber da hatte man ihn gewaltsam fortgenommen, um ihn eben kalt zu stellen. Aber trotz des ärztlichen Befundes, der nun wieder neu festgestellt worden ist, wird der Mann nicht etwa frei gelassen. In einer Meldung, die sich auf ihn bezog, stand geschrieben: „aus disziplinaren Gründen eingezogen."

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein anderes Mal hieß es: „P. M. ist nach 4 Wochen wieder ärztlich vorzustellen unter vertraulicher Vorlegung der Papiere."

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am 8. Dezember bekam seine Frau von einer Berliner Werkzeugfabrik, die den Mann reklamiert hatte, folgenden Bescheid:

> Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir vom Generalkommando die Nachricht erhielten, daß Ihr Mann aus besonderen Gründen nicht frei kommen kann.

(Hört! hört!)

Selbst der Urlaub, der dem Mann bewilligt war, ist ihm nicht gewährt worden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Bei seinem kranken Zustande, der sich immer mehr und mehr verschlimmert, wird der Mann systematisch langsam zu Tode gequält.
(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß doch diese Dinge nicht vom Belagerungszustand abhängen. Die Einziehung zum Militärdienst ist vom Belagerungszustand unabhängig; sie würde ebenfalls stattfinden, wenn kein Belagerungszustand wäre.

Dittmann, Abgeordneter: Gewiß, Herr Präsident, aber es kommt auf den Zusammenhang an, in dem ich die Dinge erwähne.

Vizepräsident **Dove:** Na eben, es fehlt der Zusammenhang.

Dittmann, Abgeordneter: Ich stelle die Behauptung auf und glaube sie beweisen zu können, daß die Leute nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen eingezogen werden.

Vizepräsident **Dove:** Das können Sie natürlich bei irgendeiner Gelegenheit vorbringen. Hier ist aber nicht der Ort dafür, weil wir hier über Belagerungszustand, Zensur, Schutzhaft verhandeln, und dazu gehört das doch nicht.

Dittmann, Abgeordneter: Herr Präsident, ich glaube, daß Sie da im Irrtum sind.

Vizepräsident **Dove:** Selbst wenn ich im Irrtum wäre, müßte ich darüber entscheiden. Ich glaube aber nicht, im Irrtum zu sein. Jedenfalls bitte ich Sie, sich an meine Vorschrift zu halten. Diese Sachen können hier nicht behandelt werden.

Dittmann, Abgeordneter: Herr Präsident, ich muß doch nachweisen können, daß der Belagerungszustand von den Militärmachthabern mißbraucht wird.

Vizepräsident **Dove:** Ja gewiß, und dazu führt das nicht.

Dittmann, Abgeordneter: Das tue ich, indem ich nicht die Zustände schildere, wie sie sich sonst beim Militär abspielen, ich rede nur davon, daß die Einziehung der Leute erfolgt, um sie in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit lahmzulegen auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes. Das ist die Behauptung, die ich aufstelle, Herr Präsident, und das glaube ich zu beweisen. Ich bin natürlich mit der Beweisführung noch nicht fertig, werde sie aber erbringen.

Meine Herren, die Leute haben keinerlei Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Irgendeine schmutzige Denunziation, die bei der Polizei- oder Militärbehörde angebracht wird, genügt, um den Leuten ein solches Martyrium aufzuerlegen. Solche und ähnliche Fälle werden unausgesetzt gemeldet und schaffen ständig Erbitterung in den Kreisen der Arbeiter.

Ganz ähnlich liegt auch der Fall eines Metallarbeiters Kuhn auf der Torpedowerft in Friedrichsort. Der Mann war ebenfalls Arbeiterausschußmitglied und wurde dann eingezogen, wurde bei einem Truppenteil eingestellt, bei dem sich auch durch verschiedene Recherchen herausstellte, daß er ebenfalls eingezogen worden war, um ihn zu hindern, ferner die Interessen seiner Kollegen vertreten zu können.

Auch gegen Jugendleiter der sozialdemokratischen Partei wird in dieser Weise vorgegangen. So ist zum Beispiel **in Remscheid ein Jugendleiter** der sozialdemokratischen Partei **namens Issel** eingezogen worden. Der Feldwebel sagte dem Arzt dabei: „Der Mann ist vom Generalkommando namentlich angefordert worden", und es stellte sich dann heraus, daß dem Arzt ein Geheimzirkular gegeben worden war, das lautete:

Der Issel wird eingezogen nach Minden, dort eingekleidet und sofort nach Rußland geschickt. Issel darf unter keinen Umständen wieder entlassen werden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das ist doch nichts, was etwas mit militärischen Gründen zu tun hat.

Vizepräsident **Dove:** Trotzdem ist es nicht auf Grund des Belagerungszustandes geschehen.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Herren, das ist doch nur möglich, weil das Belagerungszustandsgesetz den kommandierenden Generalen absolute Gewalt verleiht! Nur deshalb können sie derartige Verfügungen treffen. Wenn die regulären Gesetze in Kraft wären, wenn es dagegen ein wirkliches Beschwerderecht gäbe, wäre es möglich, dagegen aufzutreten und Remedur zu schaffen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, dieser Fall ist nicht vereinzelt. Es sind sogar Fälle vorgekommen, wo Leute reklamiert waren als **Spezialarbeiter für U-Boot-Bedarf,** für die Apparate, die bei den U-Boot-Torpedos gebraucht werden, wo es sich um absolut eingearbeitete Leute handelte; sie wurden eingezogen, weil sie wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Betätigung denunziert waren. Ich habe einen solchen Fall einmal dem Kriegsamt gemeldet. Das Kriegsamt ist den Dingen nachgegangen, hat die Beschwerde für berechtigt erklärt und hat veranlaßt, daß der Mann wieder freigelassen wurde. Einige Wochen später hat das Generalkommando aber seinen Willen durchgesetzt und hat wiederum veranlaßt, daß der Mann eingezogen wurde, und dann hieß es ausdrücklich in einem der betreffenden Papiere: „Der Mann darf als Facharbeiter nicht wieder verwendet werden." Ja, meine Herren, wenn man sich hier vor uns hinstellt und sagt, man brauche jeden Spezial- und Facharbeiter für den Heeresbedarf, dann ist es doch mit militärischen Interessen nicht vereinbar, daß man solche Leute einzieht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es müssen also andere Gründe vorliegen, und es liegen andere Gründe vor. Es sind eben politische Gründe, um die es sich handelt. Und dann hat leider in diesem Falle das Kriegsamt vor dem Generalkommando kapituliert.

Meine Herren, so könnte ich noch eine ganze Reihe von Fällen anführen, die ganz ähnlich liegen. Ich habe hier in einer kleinen Anfrage seinerzeit auf den **Fall meines Parteigenossen Voß in Danzig** hingewiesen, dem vom Generalkommando in Stettin jegliche

politische Betätigung auf Grund des Belagerungszustandes **verboten** wurde,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ich habe darauf hingewiesen, daß der Mann fortgesetzt mit Haussuchungen belästigt worden ist. Jetzt ist der 48jährige Mann plötzlich zum Militärdienst eingezogen worden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

obwohl er schwer magenkrank und absolut dienstuntauglich ist. Dabei hat der Mann drei Söhne im Felde stehen.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Sohn ist bereits gefallen. Nach den Beschlüssen, die wir kürzlich hier in der Budgetkommission gefaßt haben, müßte der Mann schon deswegen entlassen werden. Warten wir ab, ob es geschieht!

Meine Herren, doch genug der Einzelfälle! Arbeiter, die an dem großen **Aprilstreik in der Rüstungsindustrie** beteiligt waren, sind im Mai in großer Anzahl zum Heeresdienst eingezogen worden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben auf ihren Militärpapieren den Vermerk „Kohle". Alle „Kohle"-Soldaten erhalten keinen Urlaub. Wird für sie reklamiert, so erfolgt der Bescheid: „Wird aus militärischen Gründen nicht entlassen." Dabei sind es meistens Fach- und Spezialarbeiter, an denen es in der Metallindustrie doch mangeln soll. Man will die Leute in solcher Weise für ihre Beteiligung am Streik strafen.

Eine andere Kategorie von Leuten ist als mißliebig eingezogen worden und trägt den Vermerk „Prozent" in den Militärpapieren. Diese Sünder werden einige Prozent besser behandelt als die „Kohle"-Leute. Neuerdings soll für die „Prozent"-Leute drei Tage und für die „Kohle"-Leute zwei Tage Urlaub gewährt werden.

Um nun dem Vorwurfe vorzubeugen, daß es sich **bei den „Prozent"- und „Kohle"-Leuten um mißliebige Arbeiter handelt**, haben die Generalkommandos eine dritte Kategorie solcher Gemaßregelten geschaffen, die meist aus eingezogenen Beamten bestehen, und von deren Untertanengefühl man anscheinend annimmt, daß sie sich das gefallen lassen. Diese Kategorie heißt bei den Generalkommandos **„die Büßer"**. Diese „Büßer" sollen nun als Gegenbeweis angeführt werden, sobald öffentlich behauptet wird, daß es sich bei den „Prozent"- und „Kohle"-Leuten nur um Arbeiter handle. So hat man die Maßregelung von Arbeitern in ein ganz raffiniert ausgeklügeltes System gebracht, das ich hier der gebührenden — Achtung — das darf man wohl sagen, Herr Präsident — aller Welt anheimstelle.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gehört im Kriege wahrhaftig ein hoher Grad persönlichen Mutes dazu, als politischer oder gewerkschaftlicher Vertrauensmann in der Arbeiterbewegung sein Pflicht zu tun.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf alle möglichen Arten drohen ihnen Gefahren. Die harmlosesten Aeußerungen werden als schwere Verbrechen ausgelegt. So wurde am 4. Juni der Obmann des Metallarbeiterverbandes aus der Germaniawerft in **Kiel**, der **Schlosser Karl Artelt**, wegen angeblicher Aeußerungen gegen den Burgfrieden oder für den Klassen-

kampf und Generalstreik, Aeußerungen, in denen eine Aufforderung zum Landesverrat gesehen wurde, zu 6 Monaten Festungshaft auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes verurteilt. Die Verurteilung erfolgte durch das Kriegsgericht, das durch das Gesetz eingesetzt worden ist. Artelt verbüßt die Haft in Großstrehlitz. Auf dem Transport nach dort hat man ihn mit Zuchthäuslern zusammengekettet, hat ihn stundenlang auf den Bahnhöfen so stehen lassen. In der Strafanstalt werden ihm die Freiheiten nicht gewährt, die man dort allen wegen Feigheit vor dem Feinde dorthin gebrachten Offizieren gewährt. Aehnlich schlecht wurden dort nur die belgischen politischen Gefangenen behandelt. Bei der Verhandlung vor dem **Kriegsgericht** hat man Artelt keinerlei Zeit und Möglichkeit gelassen, Zeugen beizubringen. Verurteilen und schnell fort! Das war das Leitmotiv der Verhandlung.

Noch schlimmer hat die **Militärjustiz in Braunschweig** gewütet anläßlich des dortigen letzten großen Streiks Mitte August d. Js. Dort ist vom Kriegsgericht eine wahre Schnellfeuerjustiz etabliert worden. Wie es dort zugegangen ist, ist mir in folgender Weise geschildert worden:

> Es sind insgesamt an die 250 bis 300 Verurteilungen erfolgt, davon die meisten zu 5 bis 8 Tagen und etwa 40 bis 50 zu einem Monat bis zu einem Jahr. Unter den vielen Verurteilten befinden sich viele Jugendliche, Lehrlinge, Frauen und Mädchen. Am Sonnabend, den 18. August, gegen Abend setzten sich die vom Standgericht requirierten Autos in Bewegung und schleppten stundenlang die Opfer herbei, je sechs und noch mehr in einem Auto mit Militärbegleitung. Frauen wurde nicht einmal so viel Zeit gelassen, ihre auf der Straße befindlichen Kinder ins Haus zu bringen. Auf diese Art ist es vorgekommen, daß die Frauen die Wohnungsschlüssel bei sich hatten und ihre Kinder nicht ins Haus konnten. Ihre Bitte, den Kindern die Schlüssel zu bringen, wurde strikte abgelehnt. Das Standgericht hatte alle Hände voll zu tun, und es tagte gleich zu Anfang bis in die Sonntagnacht hinein. Der Betrieb wickelte sich für die einzelnen Personen in durchschnittlich 10 Minuten ab. Angehörige, die sich nach den Verhafteten oder Verurteilten erkundigen wollten, wurden brüsk von der Polizei abgewiesen und ihnen sogar mit Verhaftung gedroht, ja Genossin Oerter, die sich nach ihrem Manne erkundigte, wurde tatsächlich auf einige Stunden verhaftet und in eine Polizeizelle gesteckt. Die verurteilten Frauen kamen dann ins Gerichtsgefängnis, und zwar in ein Gelaß, welches schließlich so voll war, daß die schlechte Luft Ohnmachtsanfälle erzeugte. Man ließ sie in der ersten Nacht auf dem Fußboden auf einem Strohkissen schlafen, indem je fünf Personen sich mit einer Decke zudecken mußten.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und so geht der Bericht weiter. Das sind Kulturzustände unter dem Belagerungsgesetzzustande im Deutschen Reich! So ist mit brutaler Gewalt gegen Arbeiter vorgegangen worden. Hält man diesem Vorgehen die Einziehung der „Prozent"- und „Kohle"-Leute und

Spezialarbeiter gegenüber, bei der es sich um Massenstillegungen von Arbeitskräften in der Munitionsindustrie handelt, so zeigt sich doch ein vollkommener Widerspruch. Wenn die Generalkommandos so großes Gewicht darauf legen, daß die Arbeiter nicht streiken, daß sie ihre Arbeitskraft ununterbrochen dem Betriebe widmen, dann, meine ich, sollten sie auch nicht in solcher Weise, wie ich es geschildert habe, Leute strafweise aus den Betrieben herausziehen und sie ins Heer stecken.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Durch ihre bekannten **Streikerlasse**, die den Streik und jede Aufforderung dazu verbieten, haben die **Generalkommandos das Koalitionsrecht** der Arbeiter vollkommen aufgehoben und die Arbeiter zu willenlosen Sklaven gemacht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir erheben dagegen den schärfsten Protest.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Selbst in die inneren Angelegenheiten ihrer gewerkschaftlichen Organisationen greifen die Militärbehörden den Arbeitern ein, wie der Fall schlagend beweist, den der Kollege Ledebour hier schon zum zweiten Male zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht hat. Am 20. Juli fragte Kollege Ledebour hier, weshalb das Oberkommando in den Marken der **Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes** verbietet, eine Generalversammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: „Neuwahl der Bevollmächtigten". In seinem Bericht in einer Verwaltungssitzung des Metallarbeiterverbandes ist vom zweiten Bevollmächtigten gesagt worden: Polizeidirektor Henninger in Berlin habe erklärt, die Behörde habe ein direktes Interesse daran, daß eine Aenderung in der Leitung des Metallarbeiterverbandes nicht stattfände.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Demnach ist nicht der Wille und das Vertrauen der Mitglieder, sondern das Interesse der Polizeibehörden dafür entscheidend, wer in Berlin die Geschäfte des Metallarbeiterverbandes zu führen hat. Das steht in direktem Widerspruch mit dem Statut des Metallarbeiterverbandes, das selbst dem Hauptvorstand kein Recht gibt, irgendwie die Mitglieder zu hindern, sich ihre Leitung selbst zu wählen; noch viel weniger hat die Polizeibehörde ein Recht, die Arbeiter zu hindern, ihre Leitung zu wählen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das wäre nicht möglich, wenn der Belagerungszustand aufgehoben und die Gesetze wiederhergestellt würden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, welche Antwort erhielt der Kollege Ledebour, als er die Sache hier vorbrachte? Herr Oberst v. Wrisberg sagte: „Nach den angestellten Ermittlungen ist ein Verbot der Generalversammlung durch das Oberkommando in den Marken nicht ergangen." — Die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes hat daraufhin eine längere gedruckte Darstellung an ihre Mitglieder herausgegeben. Daraus geht hervor, daß die Polizei auf Veranlassung des Oberkommandos bei der mündlichen Anmeldung der Versamm-

lung erklärt hat, man würde nicht dulden, daß eine **Versammlung** mit solcher Tagesordnung abgehalten würde.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, man hat also vorher, als ein formeller schriftlicher Antrag eingereicht war, schon bei der mündlichen Besprechung erklärt, daß man eine solche Versammlung verbieten würde. Deshalb, meine Herren, ist die Auskunft, die Herr Oberst v. Wrisberg auf seine Ermittlung erhalten und die er, wie ich als selbstverständlich annehme, hier in gutem Glauben vorgetragen hat, eine sachlich unwahre Auskunft.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das zeigt auch der folgende **Bescheid des Oberkommandos in den Marken** vom 28. August:

> Die nächste ordentliche Generalversammlung der dortigen Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes soll nach einer Ankündigung in Nr. 200 des „Vorwärts" vom 24. Juli 1917 am Montag, den 3. September, stattfinden. Wie Ihren Bevollmächtigten bereits wiederholt mitgeteilt ist,

— da ist das Eingeständnis, meine Herren! —

> wird eine Erledigung des Restes der Tagesordnung der früheren Generalversammlung vom 6. Mai 1917, wobei die Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung in Frage kommt, von hier aus nicht geduldet werden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Sie werden daher ersucht, die angekündigte Versammlung aufzugeben, da dieselbe nicht zugelassen wird.

Meine Herren, daraus erhellt doch sonnenklar, daß die Behörde die Neuwahl des Bevollmächtigten verhindern will. Es ist wohl nicht verwunderlich, daß bei der oppositionellen Stimmung, die ohnehin bei der Mehrheit der Berliner Metallarbeiter gegen ihre Leitung herrscht, nunmehr, wo diese Leitung von den Militär- und Polizeibehörden mit Gewalt am Ruder gehalten werden soll, jedes Vertrauen zu dieser Leitung geschwunden ist. Vielfach herrscht die Auffassung bei den Mitgliedern, **daß die Leitung mit der Behörde unter einer Decke steckt.** Ich will nicht untersuchen, ob das richtig ist oder nicht; aber niemand wird bestreiten können, daß eine solche Meinung aufkommen kann. Eine solche Atmosphäre des Mißtrauens in einer großen Gewerkschaft kann wahrlich nichts Gutes im Gefolge haben, jedenfalls hat die Polizei- und Militärbehörde auf Sand gebaut, wenn sie etwa hofft, durch Abmachungen mit einer so festgeklebten Verwaltung tatsächlich auch die Mitglieder binden zu können. Nein, meine Herren, wo das Vertrauen der Mitglieder zur Leitung fehlt, da hört in schwierigen Situationen auch die Disziplin und die Gefolgschaft auf und die Polizei- und Militärbehörden können es erleben, daß sie allein auf weiter Flur mit ihrer Verwaltung stehen, die sie krampfhaft den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes aufzwingen wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir verlangen grundsätzlich, daß Polizei- und Militärbehörden in keiner Weise in das Selbstbestimmungsrecht der Ar-

beiter, in ihren gewerkschaftlichen und selbstverständlich auch in ihren politischen Organisationen einzugreifen haben.

Ueber das Verbot gewerkschaftlicher **Versammlungen ist hier** schon ein reichhaltiges Material beigebracht worden. Ich will deshalb darauf verzichten, meinerseits noch eine große Anzahl solcher Beispiele vorzuführen. In **Eisleben** hat man vorher das Manuskript der Reden für eine solche Versammlung verlangt, hat aber gar nicht erst abgewartet, ob das Manuskript eingereicht würde, sondern hat hinterher eine neue Verfügung geschickt, in der es hieß: da das Manuskript noch nicht vorgelegt sei, so werde die Versammlung verboten. Man hat es also sehr eilig mit dem Verbot der Versammlung.

Der Kriegsminister hat gestern in seiner sonst ja — ich möchte sagen — sehr temperierten Rede gesagt, der Redner brauche sich nicht an jedes Wort des Manuskripts zu halten, auch wenn es verlangt würde. Meine Herren, die Polizeibehörden verlangen von den Rednern unserer Partei das **wörtliche Halten am Manuskript.** Sie dulden nicht, daß ein einziges Wort gesagt wird, das nicht im Manuskript steht. Es wird mit zweierlei Maß gemessen, und der Herr Kriegsminister hat das gestern ausdrücklich gebilligt. Er sagte ganz naiv und harmlos: wenn man die Zuverlässigkeit der Redner kenne, dann brauche man die ganze Redezensur ja nicht so streng zu handhaben;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — sehr richtig! rechts)

nur wenn man Bedenken habe, dann sei das nötig. — Sie rufen „sehr richtig" auf der Rechten, Herr Mumm, Sie werden aber anerkennen müssen, daß es in der Praxis auf die schlimmste Parteilichkeit hinausläuft. Die Alldeutschen werden stets für zuverlässig bei den Polizei- und Militärbehörden gehalten, sie wird man deshalb ungehindert reden lassen. Anhängern des Verständigungsfriedens, besonders uns von der Unabhängigen Sozialdemokratie, wird man alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereiten. Uns von der **Unabhängigen Sozialdemokratie** ist in der Aera Michaelis kaum noch eine Versammlung gestattet worden, wir stehen längst in der Praxis unter dem **Ausnahmerecht,** unter das Herr Dr. Michaelis, „wenn ich ihn recht verstanden habe", uns am Dienstag stellen oder nicht stellen wollte. Daher, meine Herren, auch die erfreulichen Fortschritte, die unsere Bewegung im Lande macht! Wenn die Herren **Michaelis, Helfferich und Capelle in dem großen Ministermassengrab dieses Krieges verschwunden** sein werden, dann werden wir von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ihnen einen Kranz der Erinnerung stiften für ihre vorzügliche, wenn auch unfreiwillig uns geleistete Agitation.

(Sehr richtig! und bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind wirklich keine Unmenschen, meine Herren; dazu sind wir bereit. Vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aber wollen wir die gleiche Behandlung mit allen Parteien. Denn von uns werden die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten verlangt. Wenigstens habe ich in der Rede des Herrn Dr. Michaelis nicht

gehört, daß er etwa gesagt hätte, er werde sofort den Befehl veranlassen: Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind sofort aus den Schützengräben zurückzuziehen, denn sie sind unwürdig, das Land zu verteidigen.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das wäre doch wohl die Konsequenz gewesen. Solche Konsequenzen hätte er noch sehr viele ziehen müssen.

Wir verlangen also gleiches Recht für alle, aber wie sieht es damit aus? In einer Eingabe vom 20. August d. J. hat der Vorstand unserer Partei bei dem Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis Beschwerde über die geradezu himmelschreiend parteiische Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes gegenüber unserer Partei erhoben. Es ist kaum einer unserer Abgeordneten vorhanden, dem nicht Versammlungen unter Umständen verboten worden sind, unter denen sie Abgeordneten anderer Parteien am gleichen Ort gestattet worden sind. So könnte ich Beispiele aus allen Gegenden des Reichs anführen, vom Genossen Herzfeld, von mir selbst, von Zubeil, von Ledebour, von Kunert, von Haase, von Ryssel, von Geyer, kurzum, ich möchte sagen: von allen Mitgliedern unserer Fraktion. Nach Hunderten zählen die **Versammlungsverbote**, die gegen unsere Partei im ganzen Reich in der kurzen Aera Michaelis bereits erlassen worden sind. Nach welchem Rezept dabei gearbeitet worden ist, das ergibt sich aus folgendem **Geheimerlaß des Generalkommandos in Breslau**, der sich direkt gegen unsere Partei richtet. Er stammt vom 1. Juli d. J. und lautet:

Geheim.

Die Vorgänge bei den letzten Streiks in verschiedenen Teilen Deutschlands haben ergeben, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sich seit der Gothaer Tagung als Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie bezeichnet, am Werke ist, Verhetzung im weitesten Maße in das Volk zu tragen. Sie agitiert sowohl gegen die Fortsetzung des Krieges als auch gegen bestehende Staatseinrichtungen in einer Weise, die auf den Willen des Volkes, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen, zersetzend wirkt. Diesem gefährlichen Treiben der Unabhängigen Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden

(Bravo! rechts)

und ihr die Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke unterbunden werden. Schlechthin alle Versammlungen zu verbieten, erscheint freilich schon mit Rücksicht auf das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr", nicht angängig.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Nun kommt es.

Ich bestimme aber: Erstens: Treten Mitglieder dieser Partei in Versammlungen als Redner auf, ohne angemeldet zu sein, oder führen die angemeldeten Redner hetzerische Reden, so sind die Versammlungen sofort aufzulösen. Dies trifft auch dann zu, wenn Reichstags- und Landtagsabgeordnete in Frage kommen.

Zweitens: Angriffe gehässiger Art auf die rechtsstehenden Teile der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie sind, da sie den

Burgfrieden stören, gleichfalls ein Auflösungsgrund für die Versammlungen.

Drittens: Erörterungen über das Hilfsdienstgesetz **in dem** Sinne, daß es als arbeiterfeindlich hingestellt oder sonst herabgewürdigt wird, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden.

Eine Veröffentlichung dieser Bestimmungen darf jedoch nicht stattfinden.

Warum die Herren sich so scheuen, ihr Geistesprodukt an das Licht der Oeffentlichkeit kommen zu lassen? Das ganze ist eine gute Illustration zu der „Freiheit zu Hause", von der Wilhelm II. in einer seiner letzten Reden im Westen gesprochen hat. Immer neue Redeverbote prasseln geradezu herab auf unsere Redner. Die Abgeordneten erfahren oft, daß unseren Veranstaltern geantwortet wird von den Behörden, der Abgeordnete Soundso darf hier nicht reden, denn das Generalkommando hat ein Redeverbot über ihn verhängt. Uns selber werden vom Generalkommando keine Mitteilungen darüber gemacht.

In **Treptow in Pommern** hat der kommandierende General unserm **Genossen Zieger** jede politische Tätigkeit verboten und über ihn ein Redeverbot verhängt. Er ist Stadtverordneter, und dem Stadtverordnetenvorsteher ist Mitteilung von diesem Verbot gemacht worden. Und nun kommt der Stadtverordnetenvorsteher und veranlaßt die Stadtverordneten, daß beschlossen wird, eine geheime Sitzung abzuhalten, und in der geheimen Sitzung will der Stadtverordnetenvorsteher auf Grund des Redeverbots des Generalkommandos den Ausschluß unseres Genossen Zieger aus der Stadtverordnetenversammlung durchsetzen. Er will ihn hindern, sein Stadtverordnetenmandat ausüben zu können. Erst auf energischen Protest unseres Parteigenossen ist davon Abstand genommen worden und schließlich hat auch der kommandierende General in diesem Punkt einen Zurückzieher machen müssen.

In **Kiel** hat man eine Vorstandssitzung unserer Partei für den Nordwestbezirk aufgelöst, die Teilnehmer sistiert und den **Abgeordneten Henke** einen Tag lang in Haft behalten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist eine Verletzung der parlamentarischen Immunität, gegen die ich hier im Namen meiner Fraktion energischsten Protest erhebe, und ich meine, alle Fraktionen müßten sich einem solchen Proteste anschließen. Denn hier handelt es sich nicht um die Person, sondern um das Prinzip. Die sistierten Vorstandsmitglieder in Kiel sind dann nach kurzer Zeit zum Militärdienst eingezogen worden.

So stellt man alle diejenigen, die sich politisch für uns betätigen, kalt. Broschüren mit den **Reichstagsreden** werden **verboten**, selbst wenn sie die Reden aller Parteiredner und selbst des Reichskanzlers mit enthalten, wie das kürzlich in Stettin mit der Broschüre: „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele" geschehen ist. So sucht man die Wahrheit vom Volke fernzuhalten wider Gesetz und wider Verfassung.

Unsere Presse wird systematisch verfolgt und unterdrückt. Neue Blätter zu gründen hindert man uns unter Berufung auf den

Papiermangel. So ist es geschehen in Hamburg, Braunschweig, Berlin. Andern Parteien, so den Regierungssozialisten in Leipzig, wird trotz des Papiermangels die Herausgabe eines neuen Blattes erlaubt. Das ist das gleiche Recht. Die „Leipziger Volkszeitung“ wird fortgesetzt verwarnt und mit dem dauernden Verbot bedroht. Ihre Frauenbeilage ist unter Vorzensur gestellt worden. Auf die Beschwerden beim Obermilitärbefehlshaber erfolgen nur kurz abweisende Antworten ohne jegliche Begründung. Die „Leipziger Volkszeitung“ darf nicht polemisieren gegen die Regierungssozialisten, darf nicht gegen die Bewilligung der Kriegskredite schreiben, sie soll den Burgfrieden wahren, und ähnliche schöne Dinge mehr, deren Innehaltung man von anderen Zeitungen am gleichen Ort und in gleicher Situation nicht fordert.

Wie seitens der Militärbehörden gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gearbeitet wird, das erhellt aus folgender Tatsache. Das Königsberger Gouvernement hat sich an das Leipziger Generalkommando gewandt mit dem Ersuchen, die „Leipziger Volkszeitung“ doch zu verbieten.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darauf erhielt das Gouvernement in Königsberg von dem Generalkommando in Leipzig die Antwort, das könne nicht ohne weiteres geschehen, der gewünschte Zweck werde aber wohl dadurch erreicht werden, daß man die für die Haltung der Zeitung verantwortlichen Redakteure zum Heeresdienst einziehe.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe diesen Fall bereits in der Budgetkommission des Reichstags vorgebracht, und der sächsische Herr Militärbevollmächtigte hat mich um nähere Angaben gebeten; er hat daraufhin bei seiner Behörde recherchiert und hat mir mitgeteilt, daß ihm gesagt worden sei: es sei richtig, daß eine solche Anfrage seitens des Gouvernements in Königsberg erfolgt sei, aber das Generalkommando in Leipzig bestreite, daß es seinerseits erklärt habe, es werde durch die Einziehung der Redakteure demselben Zweck zustreben. Meine Herren, wie liegen aber die Dinge in der Praxis? Die Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ sind tatsächlich eingezogen worden.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Redakteur Prager ist eingezogen, der Redakteur Herre ist eingezogen, ein absolut kranker Mann, ein schwer nervenkranker Mann, der in Friedenszeiten monatelang in Heilanstalten gewesen ist. Diesen Mann hat man zur Marine eingezogen und hat ihn als Torpedoheizer eigestellt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wo natürlich bei der enormen Hitze die Krankheit des Mannes sofort wieder zum Ausbruch gekommen ist. Er hat unausgesetzt in Lazaretten gelegen und mußte als dienstuntauglich erklärt werden. Trotzdem wird er von der Marine nicht freigelassen.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da zeigt sich, daß man jedenfalls in der Praxis genau so verfährt, als wenn man durch die Einziehung der Redakteure die „Leipziger Volkszeitung“ lahmlegen wolle.

Ganz ähnlich wird auch der **„Gothaer Generalanzeiger"**, das Blatt unserer Partei, drangsaliert. Die Hindenburgtelegramme, meine Herren, dürfen selbst nicht einmal ohne jeden Kommentar abgedruckt werden, ebenso nicht das Kaisertelegramm an den Zaren während des russisch-japanischen Kriegs, das die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kürzlich veröffentlicht hat, um zu zeigen, daß der Kaiser in keiner Weise versucht hat, das Zarenregiment in Rußland zu stützen. Was die ganze Presse bringen kann, ist dieser Zeitung nachzudrucken verboten, und alle Beschwerden dagegen sind fruchtlos.

In letzter Zeit sind auch wieder eine Anzahl unserer Parteiblätter verboten worden „bis auf weiteres". Die **„Erfurter Tribüne"** ist jetzt seit dem 2. Oktober verboten, und bis zur Stunde ist sie noch nicht wieder freigegeben worden. Alle Verhandlungen, das Blatt wieder freizubekommen, waren bisher nutzlos. Es sind die weitestgehenden Garantien für Einhaltung der Zensurbestimmungen angeboten worden, aber ohne Erfolg. Es gewinnt den Anschein, als wenn man das Blatt ruinieren wolle.

Die Beschränkung solcher Verbote auf höchstens drei Tage, wie das in einer der vorliegenden Resolutionen gefordert wird, mildert zweifellos die Wirkung solcher Maßnahmen, aber das Uebel an sich bleibt bestehen, und deshalb ist eine solche Maßnahme immer nur eine halbe Maßnahme. Aber wie wir von dem Vertreter der Reichsregierung, Herrn Staatssekretär Wallraf, gehört haben, ist die Regierung nicht einmal gewillt, auf diese halbe Maßnahme einzugehen; es bleibt, wie es bisher war, daß die Generalkommandos verbieten können **„bis auf weiteres"** und es damit in der Hand haben, Tage und Wochen hindurch die Zeitungen hinzuhalten und ihnen den schwersten materiellen und ideellen Schaden zuzufügen.

Meine Herren, wie auf dem Gebiete der Zensur, so steht es auch auf dem Gebiete der Schutzhaft. Im Dezember vorigen Jahres ist aus der Initiative des Reichstags das neue Schutzhaftgesetz geschaffen worden. Aber dieses **Schutzhaftgesetz** ist von den Militärbefehlshabern als Luft behandelt worden, und das Reichsmilitärgericht hat dazu eine spitzfindige juristische Auslegung geliefert, eine Begründung dafür. Das **Reichsmilitärgericht** behauptet, es gebe noch ein engeres „Kriegsrecht" in den Operationsgebieten, und für die auf Grund dieses Kriegsrechts ergangenen Verfügungen komme das Schutzhaftgesetz nicht zur Anwendung, ebenso nicht für diejenige Schutzhaft, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verhängt worden ist.

Ja, meine Herren, der Reichstag ist darin anderer Meinung, und der Reichstag muß doch wohl wissen, was bei der Schaffung des Gesetzes beabsichtigt gewesen ist. Der Reichstag ist bereits am 27. März dieses Jahres folgende, leider heute erst zur Abstimmung im Plenum gekommene **Resolution** angenommen:

> Nach der Auffassung des Reichstags, welche mit der von dem Kriegsminister im Haushaltsausschuß abgegebenen Erklärung übereinstimmt, fallen die in Elsaß-Lothringen gegen deutsche Staatsangehörige angeordneten, aus Gründen, die in der Person des Betroffenen liegen, erfolgten, nicht lediglich vorübergehenden

Ausweisungen, ebenso die Versagungen der Rückkehr nach Elsaß-Lothringen in solchen Fällen unter die Aufenthaltsbeschränkungen, für welche der in dem Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 geregelte Rechtsschutz gilt.

Das ist zwar reichlich verschnörkelt im Ausdruck, sagt aber doch klipp und klar, daß alle Schutzhaftfälle, auch diejenigen, die vor dem Inkrafttreten des Schutzhaftgesetzes bereits vorlagen, und auch alle diejenigen Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen, die auf Grund des sogenannten Kriegsrechts erfolgen, samt und sonders unter das Schutzhaftgesetz fallen, und daß deshalb das Reichsmilitärgericht dafür zuständig ist. Ich werde gleich noch darauf zurückkommen, wie das Reichsmilitärgericht sich zu diesen Fällen stellt.

Meine Herren, wie wird aber noch fortgesetzt verfahren bei der Verhängung der Schutzhaft? Da ist der Fall meines Parteigenossen **Oerter in Braunschweig.** Ich habe vorhin erinnert an den Streik in Braunschweig und an die Verurteilungen aus Anlaß des Streiks. Wie dieser Streik ausbrach, hat man meinen Parteigenossen Oerter, den früheren Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", kurzerhand verhaftet. Ebenso ist ein Gewerkschaftsangestellter **Genzen** verhaftet worden. Man hat diese beiden bis auf den heutigen Tag in Schutzhaft behalten, angeblich weil man sie in irgendeiner Weise meint dafür verantwortlich machen zu können, daß dieser Streik ausgebrochen ist. Aber man kann nicht den allergeringsten Beweis dafür erbringen, daß sie mit dem Streik etwas zu tun gehabt haben.

(Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wie werden die Rechte dieser Inhaftierten gewahrt? Ja, sechs Wochen lang haben die Leute in Haft gesessen, ohne daß man sich überhaupt um ihre Beschwerden irgendwie gekümmert hätte. Drei Wochen lang hat das Generalkommando durch Zurückhaltung des Briefes meines Parteigenossen Oerter an seinen Rechtsanwalt, den Kollegen Dr. Herzfeld, verhindert, daß es überhaupt zur Erhebung der Beschwerde kommen konnte.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, so behandelt man die Rechtsgarantien der in Schutzhaft Gesteckten.

Ich verweise weiter auf den Fall der **Frau Dr. Rosa Luxemburg,** die seit 1½ Jahren in Schutzhaft steckt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und bei der man jetzt als Grund dafür anführt ihre angeblichen Beziehungen mit Karl Liebknecht, ausgerechnet mit Liebknecht, den man von vornherein an die Front geschickt hatte, den man dann in eine Garnison, dann ins Gefängnis und schließlich ins Zuchthaus gesteckt hat. Ja, meine Herren, glauben die Herren an irgendwelche Beziehungen mittels der vierten Dimension? oder wie kommt man zu solchen Behauptungen? — Aber es wird behauptet, man hält Frau Luxemburg fest, weil man ihren geistigen Einfluß auf die Arbeiterklasse fürchtet. Das ist jedenfalls der wahre Grund.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ihre Gesundheit richtet man dabei systematisch zugrunde.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine Freundin der Frau Rosa Luxemburg schreibt mir darüber:

In Frankreich ist man offen und brutal, da erdrosselt man Unbequeme mit dem Schuhbändel. In Deutschland quält man sie höflich langsam zu Tode.

Meine Herren, so ist die Praxis bei uns.

Vizepräsident **Dove**: Herr Abgeordneter Dittmann, Sie dürfen nicht derartige unglaubliche Behauptungen und Tiraden zu den Ihrigen machen! Das verstößt ganz und gar gegen die parlamentarische Ordnung.

Dittmann, Abgeordneter: Wie hält man es gegenüber meinem Parteigenossen Dr. **Marchlewski**, der unter dem Schriftstellernamen **Karski** in der ganzen ökonomischen Schriftstellerwelt einen sehr geachteten Namen hat? Man hat ihn seit mehr als Jahresfrist — der Mann ist Russe — in Havelberg festgesetzt, ohne daß man ihm im geringsten beweisen konnte, daß er irgendetwas gegen die Interessen des Deutschen Reichs unternommen habe. Der Mann ist russischer Demokrat, ist schon in Rußland in glühender Weise für die russische Demokratie eingetreten und dann auch hier bei uns in Deutschland, als drüben, jenseits der Grenzpfähle im Osten, noch der blutige Zarismus herrschte. Wenn die deutsche Regierung ein wenig der ganzen Situation Rechnung tragen würde, die sich durch den Umstand ergeben hat, daß in Rußland jetzt ein demokratisches Regiment am Ruder ist, dann hätte sie diesen Mann längst aus dem Kerker freilassen müssen. Aber nichts davon geschieht — ohne einen plausiblen Grund wird er festgehalten.

Ich habe hier bei einer früheren Gelegenheit schon auf den Fall des **Redakteurs Schotte in Düsseldorf** hingewiesen, den das Generalkommando in Münster seit mehr als einem Jahre in Schutzhaft gehalten hat, weil er angeblich der Verbreitung landesverräterischer Druckschriften Vorschub geleistet haben soll. Nun, meine Herren, wenn wirklich Landesverrat vorläge oder in den Druckschriften begangen wäre, würde man längst seitens des Reichsanwalts vorgegangen sein. Als sich nun das Gerichtsverfahren nicht mehr hinausschieben ließ und damit zu rechnen war, daß Schotte jedenfalls vom Gericht freigesprochen werden würde, da hat das Generalkommando in Münster schnell seine Einziehung zum Militär veranlaßt und hat ihm am 17. August mitgeteilt, daß er nunmehr aus der Sicherheitshaft entlassen wäre. Es sagt dann:

Nunmehr steht die militärische Einziehung des Schotte bevor. Nach seiner Einziehung wird Schotte unter den gegebenen Verhältnissen voraussichtlich keine Gelegenheit haben, sich in landesgefährlicher Weise durch Verteilung von Druckschriften zu betätigen, sodaß die Sicherheitshaft zur weiteren Anwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs nicht mehr erforderlich erscheint.

Als Ersatz für die Sicherheitshaft ist nun die Einziehung zum Militär erfolgt! Dieser Mann ist durch die Einzelhaft, die er ein Jahr lang über sich hat ergehen lassen müssen, körperlich und seelisch vollkommen ruiniert.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Körpergewicht des Mannes ist in diesem Jahre von 152 auf 108 Pfund gesunken. Daraus können Sie sich vorstellen, meine Herren, wie stark die Haft den Mann mitgenommen hat. Dazu ist auch seine Frau durch die Einziehung des Mannes in eine Seelenverfassung versetzt worden, daß ihre Ueberführung in eine Nervenheilanstalt notwendig geworden ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So ruiniert man ganz planmäßig Existenzen, ohne daß man irgendeinen Grund, der das rechtfertigen könnte, dafür anführen kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei einer früheren Gelegenheit habe ich hier bereits auf den Fall eines **ungarischen Reichsangehörigen Szek** verwiesen. Der Mann ist über ein Jahr in Schutzhaft gehalten worden. Seine Familienangehörigen hat man später auch in Schutzhaft gesteckt. In diesem Sommer habe ich mich nochmals wegen dieses Mannes an das Kriegsministerium gewendet und daraufhin den Bescheid bekommen, daß der Mann jetzt aus der Schutzhaft entlassen worden sei. Es heißt:

Da sich der Verdacht gegen Szek nicht bestätigt hat, habe ich die Freilassung des Mannes angeordnet.

Anderthalb Jahre lang hat man ihn in Schutzhaft gehalten und seine ganze Familie in Schutzhaft gesteckt und damit vollkommen ruiniert! Als von ihnen nun Entschädigungsansprüche erhoben wurden, hat man den Anspruch abgewiesen, weil der Mann ja Ungar sei und die Entschädigungspflicht nach dem Schutzhaftgesetz sich nur auf Deutsche beziehe.

Ebenso hat man eine Modistin **Adele Schliemann** aus **Mülhausen** im Elsaß 21 Monate in Schutzhaft gehalten. Dann hat unter dem 20. April dieses Jahres der kommandierende General v. Haenisch in Hannover eine Verfügung erlassen, in der es heißt, sie sei aus der Schutzhaft zu entlassen, „da gegen sie nicht der geringste Verdacht politischer Unzuverlässigkeit erbracht ist". Meine Herren, 21 Monate lang hat dieses Mädchen in Schutzhaft sitzen müssen, bis man zu diesem Resultat kam! Und als sie nun eine Entschädigung verlangte, was hat das Reichsmilitärgericht darauf geantwortet? Es hat in seiner Sitzung vom 14. Juli dieses Jahres entschieden, daß es für den Entschädigungsanspruch nicht zuständig sei; denn die Verhaftung sei auf Grund des Kriegsrechts erfolgt und falle nach feststehender Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichtes nicht unter die Bestimmungen des Schutzhaftgesetzes. Genau so liegt der Fall des Bauunternehmers Wenger, wo das Reichsgericht unter derselben Begründung es ablehnt, Entschädigung zu gewähren.

Ein **Journalist Jung**, der zu Kriegsbeginn in München verhaftet, dann nach Straßburg transportiert, dort ein Jahr lang in Einzelhaft gehalten, hierauf nach Bielefeld ausgewiesen wurde und dort sich über ein Jahr im Zwangsdomizil hat aufhalten müssen, ist schließlich ebenfalls freigelassen worden, weil sich keinerlei Beweis für seine Unzuverlässigkeit hat erbringen lassen. Als der schwer lungenkrank gewordene Mann eine Entschädigung verlangte auf Grund des Schutzhaftgesetzes, ist ihm gesagt worden, er sei ja gar

nicht auf Grund des Schutzhaftgesetzes in Schutzhaft genommen und ins Zwangsdomizil gesetzt worden, sondern er sei schon bei Beginn des Krieges in Schutzhaft genommen worden, und deshalb komme das Schutzhaftgesetz vom vorigen Jahre, das keine rückwirkende Kraft habe, nicht zur Anwendung. Ja, meine Herren, ich kenne überhaupt keine Verhängung der Schutzhaft auf Grund des Schutzhaftgesetzes. Das Schutzhaftgesetz soll ja Schutz gewähren gegen eine unberechtigte Verhängung der Schutzhaft, aber es soll nicht die Grundlage für die Verhängung der Schutzhaft bilden. Die Militärgerichte haben hier die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt.

Ebenso liegt auch ein Fall **Chatelanat** aus **Straßburg.** Warum ist dieser Mann ausgewiesen worden? Da wird als Grund angegeben: „dem protestantischen Pfarrer Werner zu Wildersbach, dessen deutscher Standpunkt bekannt ist, verweigerte er den Gruß und gab ihm auf Befragen zur Antwort, er grüße ihn nicht mehr und werde ihn auch in Zukunft nicht mehr grüßen. Fräulein A. Schaller veröffentlichte am 13. Dezember 1914 im „Evangelischen Sonntagsblatt" einen Artikel „Kriegserlebnisse im Steinthal". Wegen dieses im deutschen Sinne gehaltenen Artikels hat Chatelanat auch mit dieser Dame und ihrer Schwester die Beziehungen abgebrochen und auch ihnen den Gruß verweigert". Nun heißt es:

> Da Elsaß-Lothringen zum Operations- bezw. Etappengebiet von Armeeabteilungen gehört, aus dem politisch unzuverlässige Personen fernzuhalten sind, und in diesem Gebiet deutschfeindliche Elemente gefährlich sind, hat das XV. Reservekorps seine Ausweisung aus dem Operationsgebiet angeordnet. Die Aufrechterhaltung dieser Maßregel erscheint im Interesse der Sicherheit des Heeres und des Reiches geboten.

Meine Herren, wegen solcher Bagatellen, wegen Grußverweigerung werden Leute für politisch unzuverlässig erklärt und aus ihrer Heimat ausgewiesen und müssen sich jahrelang in Zwangsdomizilen in anderen Gegenden Deutschlands aufhalten, wo sie gar keine Möglichkeit haben, ihre Existenz fristen zu können.

Genau so steht es mit dem Fabrikbeamten **Karl Jost aus Rothenau** im Elsaß. Auch da lauter haltlose, geradezu lächerlich wirkende Beschuldigungen. Trotzdem bleibt der Mann in Hannover im Zwangsdomizil und wird nicht in seine Heimat zurückgelassen. Und das Schlimmste: das wird vom Obermilitärbefehlshaber auf die Beschwerde hin gebilligt.

Hier habe ich einen anderen Fall, über den, glaube ich, auch der Herr Kollege Fehrenbach sehr gut unterrichtet ist; wenigstens ist mir das mitgeteilt worden. Er betrifft einen päpstlichen Würdenträger, einen **Prälaten Kannengießer.** Dieser ist zu Kriegsbeginn unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden, weil man ihn beschuldigte, von seinem Schlosse Kembs bei Hüningen im Elsaß — dem „Idsteiner Klotz" gegenüber — aus drahtlose telegraphische Verbindung mit Frankreich unterhalten zu haben. Nachdem man festgestellt hatte, daß die Beschuldigung gegenstandslos war, wurde das sehr wertvolle Schloß, welches große Altertumsreichtümer ent-

hielt, durch die Artillerie des Idsteiner Klotzes dem Erdboden gleichgemacht,

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ohne daß man vorher das Mobiliar und die Wertgegenstände des Schlosses in Verwahrung nahm. Kurz nach Niederlegung des Anwesens suchte man unter den Trümmern auf die flehenden Bitten des Prälaten einige Bestandteile seiner Bibliothek hervor. Das auf Betreiben der Militärbehörden gegen Kannengießer anhängig gemachte Strafverfahren wegen Landesverrats wurde zugunsten Kannengießers eingestellt. Es sollte darauf die Entlassung des Mannes erfolgen. Die Militärbehörde hat seine Schutzhaft angeordnet, dann ist der Mann monatelang in Zwangsdomizil gehalten worden. Ich bin nicht genau unterrichtet, wie die Sache gegenwärtig steht. Solche Dinge haben sich fortgesetzt ereignet.

Hier ist mir ein anderer Fall kürzlich mitgeteilt worden. Er betrifft einen Arbeiter Jussy aus Sulz im Ober-Elsaß. Er sowohl wie seine Frau sind verhaftet worden, weil zu Kriegsbeginn ein 20jähriger Sohn nach Frankreich geflüchtet sein und sich dadurch dem Militärdienst entzogen haben soll. Es ist aber den Eltern in keiner Weise nachgewiesen, daß sie dabei irgendwie behilflich gewesen wären, ja auch nur darum gewußt hätten. Die beiden alten Leute sind nach Wernigerode in Zwangsdomizil überwiesen worden und müssen dort für 4,30 Mk. Tagelohn schwer schaffen, ohne daß sie die Möglichkeit haben, mit diesem minimalen Lohn sich ernähren zu können; und das Schlimmste ist: sie werden dort von der Gemeindeverwaltung als Aussätzige behandelt. Man verweigert ihnen die Lebensmittelkarten, die Leute wissen überhaupt nicht, wie sie zu den notwendigen Lebensmitteln kommen sollen. Das sind doch skandalöse Zustände, meine Herren, die einem Rechtsstaat geradezu Hohn sprechen.

Dann, meine Herren, der Fall unseres eigenen Kollegen aus dem Hause, der Fall des Kollegen Lévêque. Bis heute ist, soviel ich unterrichtet bin, der Fall nicht geregelt, bis heute noch ist dem Kollegen Lévêque nicht gestattet, nach seiner Heimat Saarburg zurückzukehren.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, warum ist denn seinerzeit die Ausweisung gegenüber dem Kollegen Lévêque verhängt worden? Zuerst hieß es, er habe im Eisenbahnwagen unvorsichtige Aeußerungen zu zwei Offizieren getan über vertrauliche Mitteilungen, die in der Budgetkommission gemacht worden seien. Diese Beschuldigung hat man jetzt wieder fallen lassen. Jetzt behauptet man, seine Ausweisung sei erfolgt, weil er in seiner ärztlichen Praxis — er ist Tierarzt — Aeußerungen habe fallen lassen, die als deutschfeindlich ausgelegt werden müßten. Aber irgend etwas Konkretes hat man auch da wieder nicht beigebracht, nichts als vage Behauptungen, nichts als Klatsch und Tratsch; und das, meine Herren, bildet die Grundlage dafür, daß ein deutscher Reichstagsabgeordneter ein Jahr lang aus seiner Heimat ausgewiesen werden kann.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Allerschlimmste aber ist, daß der Deutsche Reichstag **sich das ein Jahr lang gefallen läßt.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich stehe nicht an, meine Herren, auszusprechen: **wenn darin nicht** in allerkürzester Zeit Remedur eintritt, ist es geradezu eine Schande für den Deutschen Reichstag, daß er das zugelassen **hat.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat die Verpflichtung, von der Militärbehörde energisch zu verlangen, daß endlich dieser skandalöse Fall geregelt wird.

Meine Herren, es ist absolut notwendig, endlich einmal reinen Tisch zu machen mit der ganzen Paschawirtschaft der Militärs im Lande, und deshalb müssen Sie unseren Antrag annehmen, den **Belagerungszustand aufzuheben** und damit auch die ganzen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, die Beschränkungen der Presse, die Beschränkungen der Person. Was der Herr Staatssekretär Wallraf heute hier über die Notwendigkeit gesagt hat, den Belagerungszustand, die Zensur usw. aufrecht zu erhalten, ja, meine Herren, das waren für uns, nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Staatssekretär, wirklich „olle Kamellen". Das haben wir schon gehört vom Herrn Staatssekretär Dr. Delbrück, dann von dem Herrn Staatssekretär Helfferich und in den verschiedensten Variationen auch von dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Lewald; er wird es mir bestätigen. Kein einziges Wort, das uns irgendwie neu gewesen wäre! Aber sollen wir uns immer nur mit leeren Redensarten abspeisen lassen?

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Dittmann, Sie dürfen nicht Aeußerungen, die ein Vertreter der verbündeten Regierungen hier getan hat, als leere Redensarten bezeichnen.

Dittmann, Abgeordneter: Ich überlasse es dem Urteil der Oeffentlichkeit, irgendeinen Inhalt aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs herauszulesen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch die **Bestimmungen,** die **in England und Frankreich** in bezug auf die Zensur und die Beschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit in Geltung sind, sind uns schon früher hier im Hause vom Regierungstisch — ich glaube, von Herrn Dr. Helfferich — vorgehalten worden; aber sie haben damals keinen Eindruck gemacht und machen auch heute keinen Eindruck. Wir haben es wirklich nicht nötig, gerade die schlechten Maximen unserer Kriegsgegner nachzuahmen, und dann kommt doch das eine noch hinzu, nämlich wie solche Bestimmungen gehandhabt werden. Das ist das Entscheidende. Bei uns werden sie rein nach dem Buchstaben gehandhabt, aber in den demokratisch regierten Ländern Frankreich und England — sie sind demokratisch, Sie mögen sich noch so sehr dagegen wenden — wird nach dem Geiste des Gesetzes verfahren. Eine derartige Handhabung des Belagerungszustandes, der Zensur usw. wie sie bei uns erfolgt, **kennt man dort nicht.**

Aber, meine Herren von den bürgerlichen Parteien, was nützen alle kritischen Reden, die Sie ebenso wie wir halten mögen, wenn Sie daraus keine Konsequenzen ziehen wollen? Ich wiederhole noch einmal, was ich zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe: gerade wenn es Ihnen daran liegt, dem Verständigungsfrieden eine Gasse zu bahnen, müssen Sie darauf dringen, **daß endlich die Schranken fallen,** die dem freien Wort und der freien staatsbürgerlichen Betätigung seit Kriegsbeginn gezogen sind. Lehnt der Reichstag jetzt wiederum unseren Antrag ab, dann wird die Reaktion, nachdem der Reichstag wiederum auf zirka 8 Wochen nach Hause geschickt wird, um so schlimmer ihr Haupt erheben. Aber seien Sie sich darüber klar, — und auch die Herren von der Regierung mögen sich darüber klar sein —: die Erbitterung im Volke darüber wird maßlos gesteigert werden. Meine Herren von der Regierung, **Sie treiben das Land durch ihre Politik im Innern direkt einer Katastrophe entgegen,** und deswegen rufe ich Ihnen zum Schluß zu: denken Sie an das Schillersche Wort:

„Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittre nicht."

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)



Druck der unabhängigen Genossenschaftsdruckerei.